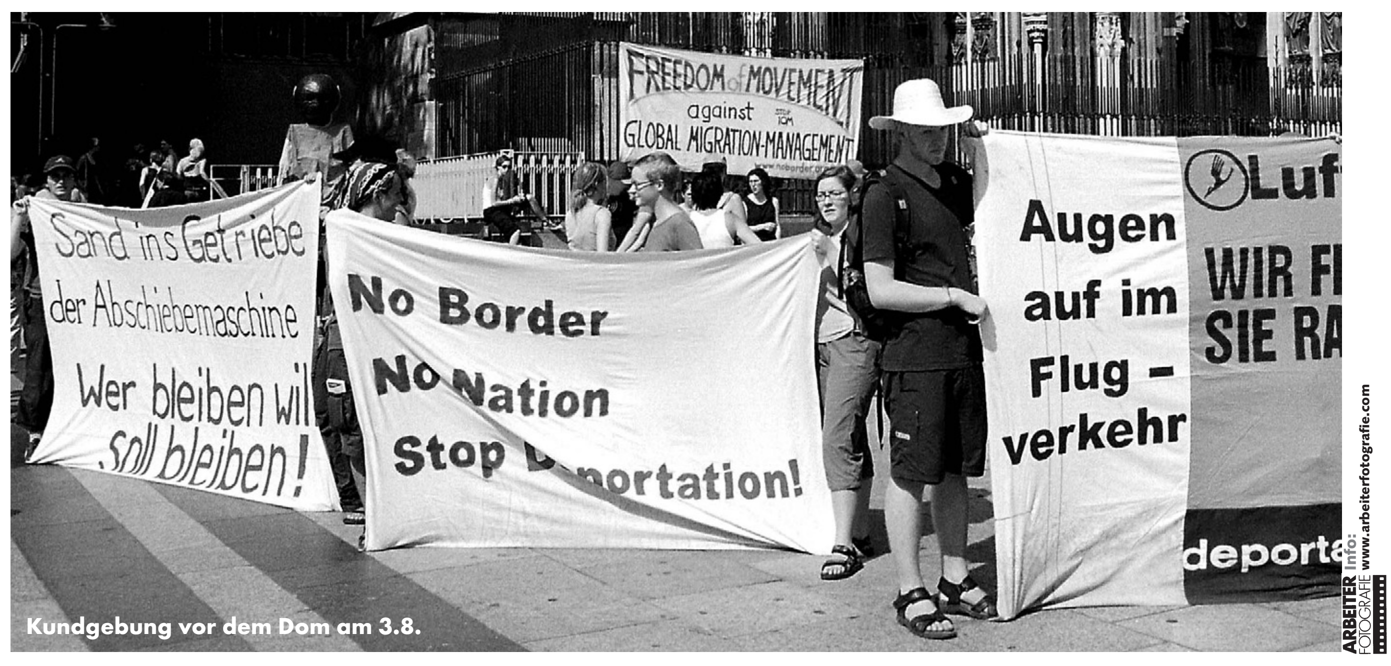
:antifaschistische nachrichten

Nr. 17

g 3336 14.8.2003 19. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €
www.antifaschistische-nachrichten.de



Kundgebung vor dem Dom am 3.8.

Antirassismus weggeräumt
mit Massenverhaftungen Grenzcamp beendet

Großes Polizeiaufgebot sicherte Mahnwache von „Pro Köln" und Neonazi-Aufmarsch am 9.8.

Am 31. Juli begann das Antirassistische Grenzcamp auf den Poller Wiesen in Köln. Schon nach den ersten Aktionen nahmen polizeiliche Kontrollen im Camp zu. Das gipfelte am Samstag, 9.8. in der Umstellung des Lagers und Massenfestnahmen in der Nacht zu Sonntag. Zum Ablauf im Einzelnen:

Am Samstag, 2.8. veranstaltete das Camp einen Morgenspaziergang durch den Stadtteil Köln-Poll mit Lautsprecherdurchsagen, Musik, der Campzeitung und einem Flugblatt an die Menschen in Poll „Schöner leben ohne Rassismus", um sich vorzustellen. Dieser Spaziergang bildete auch eine deutliche Antwort auf den Aufruf der Rechtspopulisten von „Pro Köln", die an diesem Tag die kleinste Mahnwache des Rheinlandes auf die Beine stellten. Eine müde Neonazi-Elf wurde von Ersatzspieler Thorsten Crämer, NPD-Kader aus Schwelm, der erst vor ein paar Monaten aus der Haft entlassen wurde, ergänzt. Ca. 300 AktivistInnen des Grenzcamps und des Bündnisses „Köln stellt sich quer" kesselten die Nazi-Demo ein. Unverhältnismäßig und überzogen war der Polizeieinsatz mehrerer Hundertschaften gegen die Antifaschistinnen, es kam zu mehreren Festnahmen.

Gleichzeitig und anschließend besuchten TeilnehmerInnen des Camps die Flüchtlingsunterkünfte im Stadtteil und die Containerschiffe am Deutzer Hafen. Die SpaziergängerInnen kritisierten die Unterbringungssituation von Flüchtlingen, sie forderten

- Abschaffung der menschenunwurdigen Unterbringung in Heimen und dezentrale Unterbringung in Wohnungen

und wendeten sich

- Gegen Armut und soziale Stigmatisierung
- Gegen Kriminalisierung und Illegalisierung von MigrantInnen.

Von Freitagabend bis Sonntagmittag fand in der Fachhochschule Deutz das Auftaktforum „Antirassismus ausbuchstabiert" statt. Die einzelnen Veranstaltungen wurden teilweise von weit über hundert Menschen besucht. Ziel des Forums war es, verschiedene antirassistische Politikansätze, die momentan nebeneinander existieren, stärker aufeinan



Mahnwache von „Pro Köln", rechts Manfred Rouhs

Aus dem Inhalt:



Worch in Moers

MOERS. Viele waren es nicht, die dem Aufruf des Neonazis Christian Worch aus Hamburg gefolgt waren, sich am Samstag den 26. Juli in Moers „gegen Massenarbeitslosigkeit und Steuerverschwendung“ von 14 bis 19 Uhr am örtlichen Bahnhof zu versammeln. Etwa 80 Neonazis waren erschienen und wurden von mehr als 600 Polizisten beschützt. Immerhin sei die Polizei verpflichtet (den Feinden der Demokratie!) das verfassungsmäßige Recht auf Versammlungsfreiheit für alle zu garantieren, hieß es zur Begründung des massiven Polizeiaufmarsches von offizieller Seite. Mehrere hundert Gegendemonstranten hatten sich bereits um 13 Uhr an einem Kaufhaus in der Innenstadt versammelt. Versuche, die Neonazi-Versammlung zu behindern, scheiterten an den Polizeiketten. Platzverweise wurden erteilt und es gab auch Festnahmen. Ein 46jähriger Moerser hatte die Polizisten als „Scheißbullen“ beleidigt und faselte etwas von „Judenrepublik“. Ein anderer Mann wurde nach dem Zeigen des Hitlergrußes festgenommen.

58 Fälle mit einem rechtsextremen Hintergrund bearbeitete die Moerser Polizei im vergangenen Jahr. Im laufenden Jahr wurden bisher neun Straftaten mit rechtsextremem oder ausländer-feindlichem Hintergrund gezählt. Drei davon waren Hakenkreuz-Schmierereien, zwei Briefe mit Nazi-Symbolen. Hinzu kommt ein Drohbrief an eine syrische Familie, eine Beschimpfung, eine Bedrohung und eine gefährliche Körperverletzung. *VVN-BdA MG* ■

Ein Ehrengrab weniger

ÖSTERREICH/WIEN. Nachdem die Stadt Wien sich im Mai für die Aufhebung des Ehrengrabes für den NS-Jadgflieger Walter Nowotny (1920-1944) ausgesprochen hat, ruft nun ein „Schutzbündnis Soldatengrab“ für Samstag, den 23. August im Großraum Wien zu einer Demonstration gegen diesen „kulturschänderischen Willkürakt“ auf.

Dabei war die Aufhebung des Ehrengrabes längst überfällig. Handelte es sich bei dem Luftwaffenmajor Nowotny doch um einen vielfachen Mörder (258 Abschüsse in fünf Jahren) und überzeugten Nazi. Walter Nowotny war Führer der damals in Österreich noch illegalen Hitlerjugend und NSDAP-Mitglied seit dem 1. Mai 1938.

Schützenhilfe gibt es von der „National-Zeitung“ des DVU-Chef Frey. Der Bruder des „großen deutschen Soldaten“ Rudolf Nowotny, ehemals Funktionär des mittlerweile verbotenen „Vereins Dichterstein Offenhausen“, spricht in einem Interview mit dem Blatt von „Schmähung“ und Nestbeschmutzung“. *hma* ■

Aktionstage im Westen

MÖNCHENGLADBACH. Nachdem die sogenannten „Republikaner“ in Nordrhein-Westfalen bereits im Mai ein Mandats- und Funktionsträgertreffen im Rahmen ihrer Vorbereitungen für die Kommunalwahl im nächsten Jahr durchgeführt hatten, wurde nun ein erster „Aktionstag“ im Rahmen ihrer „Sommeroffensive“ durchgeführt.

Unter der Leitung von Daniel Schöppe aus Köln, einst Aktivist der neofaschistischen „Deutschen Liga für Volk und Heimat“ und heute stellvertretender Landesvorsitzender der „Republikaner“, führten etwa 60 Mitglieder des Landesverbandes Flugblattaktionen in mehreren Stadtbezirken Mönchengladbachs durch, wobei nach eigenen Angaben etwa 40 000 Haushalte betroffen waren. In der Innenstadt nahmen an einem Informationsstand u.a. die Landesvorsitzende Ursula Winkelsett aus Senden und Bundesschatzmeister Ralf Goertz aus Erkelenz teil.

Nach Angaben der sog. „Republikaner“ seien bei der Aktion „etliche neue Interessenten und Anhänger“ gewonnen worden. Eine Wiederholung des Aktionstages „in naher Zukunft in weiteren Städten Nordrhein-Westfalens“ wird bereits angekündigt. Am Dienstag darauf fand um 11 Uhr eine Versammlung der NPD/JN vor dem Mönchengladbacher Arbeitsamt Lürriper Straße statt. Auf einem Transparent forderten die knapp 20 NPD-Anhänger, beschützt von Polizisten, fast eine Stunde lang „Arbeitsplätze zuerst für Deutsche“. *VVN-BdA MG* ■

Filbinger sollte Empfang zu seinem 90. absagen

STUTTGART. Leni Breymaier, DGB: „Peinliche Veranstaltung für einen Unbelehrbaren, der als Ministerpräsident wegen seiner Nazi-Vergangenheit gescheitert ist“.

„Hans Filbinger täte gut daran, auf den Empfang der Landesregierung zu seinem 90. Geburtstag zu verzichten – so wie er dies in Freiburg getan hat“, erklärte die stellvertretende DGB-Landesvorsitzende Leni Breymaier. Filbinger würde sich und der politischen Kultur im Land damit einen Gefallen tun.

Die offizielle Ehrung eines anscheinend unbelehrbaren Mannes, der sich bis heute als unschuldiges Opfer einer politischen Rufmordkampagne sieht, sei eine peinliche und unsensible Veranstaltung. Es sei keine „Normalität“, einen ehemaligen Ministerpräsidenten hochoffiziell mit einem Empfang zu ehren, der 1978 als Ministerpräsident wegen seiner Beteiligung an Todesurteilen als Marinerichter unter Hitler seinen Hut nehmen musste. Der DGB kritisiert auch Filbingers Tätigkeit im Präsidium des Studienzentrums Weikersheim, das schon vielen Rechtsextremisten ein Forum geboten habe. Vor allem aber sei die Ehrung geschmacklos gegenüber den Angehörigen der Opfer der Nazizeit.

Hans Filbinger soll am 16. September im Ludwigsburger Schloss durch einen festlichen Empfang der Landesregierung mit über 100 geladenen Gästen geehrt werden.

DGB-Pressestelle, Jürgen Klose ■

Einstweilige Verfügung gegen „Pro Köln“

KÖLN. Die „Bürgerbewegung Pro Köln“ hatte Anfang Juli auf ihrer Internet-Seite die Behauptung aufgestellt, ein Schlägertrupp der Antifa K, „darunter auch das PDS-Ratsmitglied Jörg Detjen“ haben sich am Vormittag des 5. Juli (Samstag) in Köln aufgehalten und die Vorsitzende von Pro Köln, Judith Wolter „überfallen und brutal zusammengeschlagen“. Gegen diese unwahre Behauptung hat das Ratsmitglied der PDS Offenen Liste das Gericht angerufen. Die 28. Zivilkammer des Landgericht Köln hat am 30. Juli in einer einstweiligen Verfügung angeordnet:

„Dem Antraggegner (pro Köln) wird unter Androhung eines Ordnungsgeldes bis zu 250.000 Euro und für den Fall, dass dieses nicht beigetrieben werden kann, der Ordnungshaft oder Ordnungshaft bis zu sechs Monaten, zu vollziehen an ihrem Geschäftsführer, für jeden Fall der Zuwiderhandlung verboten in Bezug auf den Antragsteller (Jörg Detjen) die Behauptung aufzustellen und/oder aufstellen zu lassen, zu verbreiten und/oder



GegendemonstrantInnen – obwohl durch massive Polizeiabsperrungen nur wenige durchkamen – lautstark protestierten.

Schon in den frühen Morgenstunden hatte ein Aufgebot von 2500 Polizisten das Camp abgeriegelt, so dass von dort nur einzelne rauskamen. Die Polizei zeigte immer wieder auf einzelne Camper, die dann aus der Menge heraus gegriffen wurden. Tränengas wurde eingesetzt, was bei knapp 40 Grad Celsius zu schweren Verbrennungen der Haut führt. Zusätzlich stellte die Polizei das Wasser ab, so dass auch die Verletzten nicht behandelt werden konnten. Nachdem Telefon- und Internetleitungen des Camps gekappt waren, wurden alle Anwesenden als verhaftet erklärt.

Um die auf dem Camp anwesenden Flüchtlinge zu schützen, nahmen die Eingeschlossenen diese in die Mitte. Parallel wurden Verhandlungen über freien Abzug geführt u.a. durch Rechtsanwälte und die stellvertretende NRW-Landtagsvorsitzende (Bündnis 90/Die Grünen) Edith Müller. Von Seiten der Polizei gab es jedoch keinerlei Einlenkung.

Fortsetzung von Seite 1

der zu beziehen und bestehende Kampagnen zubündeln.

Nach Abschluss des Forums stellte sich das Camp zentral am Kölner Dom der Stadt vor, Ausgaben der Campzeitung wurden verteilt. In Anlehnung an das Kölner Brauchtum erschienen etliche Campteilnehmer kostümiert. Von der Domplatte aus machte sich der Demo-Zug selbständig getreu dem Motto „Out of control“ quer durch die Stadt bis zur Südbrücke und zurück zum Camp auf den Poller Wiesen.

Am 4.8. fand bei IKEA in Godorf eine Kundgebung und Kennzeichnung von bestimmten Produkten statt. IKEA lässt im Abschiebeknast Büren zu Hungerlöhnen produzieren (2 Euro Stundenlohn und davon wird von der Ausländerbehörde auch noch 3/7 gepfändet.

Bei den ACCOR Hotels Ibis in Bonn und Köln tauchten ebenfalls Grenzcamper auf und informierten die Hotelgäste in nicht zu übersehender Weise. Sie kippten Müll vor der Türe ab, um zu zeigen, was sie von den Geschäftspraktiken des Konzerns halten. Denn ACCOR profitiert vom Abschiebegeschäft: in Frankreich durch die Vermietung von Etagen ans französische Innenmiinisterium als Wartelager für Abschiebehäftlinge, in der BRD durch das staatlich eingerichtete Chipkarten- und Gutscheinsystem.

Es folgten Aktionen gegen das Abschiebegeschäft der Lufthansa, am Bundesverwaltungsamt, beim Ausländerzentralregister und beim IOM.

Im Laufe der Woche stieg die Beteiligung sowohl am Camp selbst als auch an den Aktionen. Ca. 700 TeilnehmerlnNen, Menschen fast allen Alters und verschiedenster Herkunft (Israel, Italien, Mazedonien, Deutschland, Togo, Polen, Niederlande, Peru, Rumänien, Australien, Irland etc.) lebten einen bunten antirassistischen Alltag.

Am 9.8 wollten erneut Neonazis aufmarschieren, diesmal hatte der „Kampfbund Deutsche Sozialisten“ aufgerufen, es kam im wesentlichen die Kameradschaft Köln (Kameradschaft Walter Spangenberg) um Axel Reitz. Auflagen sorgten dafür, dass gar nicht erst alle zum Kundgebungsplatz durchkamen. Ein Häuflein von 30 Neonazis, ausgerüstet mit Köln-Fahne und einem Transparent „Nationale Sozialisten“ lauschten zum Teil auf Socken den Reden, die schlecht zu verstehen waren, da die

Protest gegen „Pro Köln“, 2.8.





Räumung des Camps

Da die Stadt Köln inzwischen auch das Gelände gekündigt hatte, war die Bahn frei für die Verhaftung sämtlicher sich nun illegal auf dem Gelände befindlichen Camper. Einige TeilnehmerInnen gingen nach Feststellung der Personalien „freiwilig“ vom Platz, die übrigen wurden ins Gefangenensammellager nach Brühl verbracht und erst am frühen Morgen wieder auf freien Fuß gesetzt.

„Den Polizeiangriff verstehen wir als Angriff auf die antirassistische Bewegung in der BRD und ihre internationale Vernetzung“, erklärten die Camper in einer ersten Pressemitteilung. „Durch die erfahrene maßlose Machtdemonstration sollen die Aktivistinnen eingeschüchtert und Organisierungsprozesse verhindert werden“. Noch während der Räumung fanden Soldaritäts aktionen in Köln, Kiel, Dresden, Leipzig, Hamburg, Göttingen, Freiburg, Frankfurt, Bremen und im Wendland statt.

Nach Pressemitteilungen des Pressebüros des 6. antirassistischen Grenzcamps - u.b., Infos: www.nadir.org/camp03, mehr Fotos: www.version-foto.de, Videos: www.kanalb.de ■

verbreiten zu lassen, dieser habe sich am Vormittag des 5. Juli 2003 in Köln – Poll aufgehalten.“ *Red* ■

Rechtsextremist Mahler darf nicht nach Polen reisen

BRANDENBURG. Der Rechtsextremist Horst Mahler darf vorerst nicht nach Polen reisen. Nach Mitteilung des Innenministeriums Brandenburg ist ihm eine entsprechende Anordnung am Freitag von der zuständigen Behörde seines Wohnortes zugestellt worden. Mit dieser Maßnahme soll ein für nächste Woche geplanter provokativer Auftritt Mahlers auf dem Gelände des früheren Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau verhindert werden. Mahler, der unter anderem die NPD im Verbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht vertrat, wollte nach Erkenntnissen der Verfassungsschutzbehörden in Auschwitz in einer öffentlichen Aktion unter anderem die Zahl der von den Nazis ermordeten Juden in Frage stellen.

„Der geplante Auftritt von Herrn Mahler und seinen Gesinnungsfreunden im früheren KZ Auschwitz – dem herausragenden Symbol für die Nazi-Verbrechen – ist eine unglaubliche Provokation. Es geht ihm dabei um nichts weniger als darum, die Verbrechen der Nazis zu verniedlichen und die Opfer zu beleidigen“, sagte Innenminister Jörg Schönbohm. „In dieser Situation mussten wir handeln, um Schaden vom guten Ruf Deutschlands abzuwenden. Und wir haben gehandelt. Die zuständige Gemeinde hat von Möglichkeiten des Pass- und des Personalausweisgesetzes Gebrauch gemacht. Herr Mahler darf die Bundesrepublik Deutschland vorerst nicht mehr in Richtung Polen verlassen.“

Ein Vorauskommando Mahlers hatte bereits vor Ort Erkundungen vorgenommen und dabei Video- und Fotoaufnahmen von Krematorien und Gaskammern in Auschwitz-Birkenau gefertigt. Beabsichtigt war, die Zahl der im dortigen Konzentrationslager ermordeten Menschen erheblich zu relativieren. Ferner sollte die Fahne des rechtsextremistischen ‚Deutschen Kollegs‘ gehisst werden, dessen Führungsmitglied Mahler ist. Der Rechtsextremist wollte zudem ein Manifest verlesen, in dem seine äußerst antisemitische Haltung deutlich zum Tragen kommt.

Unter dem Gesichtspunkt der historischen Verantwortung Deutschlands für die Ermordung von sechs Millionen Juden wäre durch Mahlers Auftritt massiver Schaden für erhebliche Belange der Bundesrepublik Deutschland entstanden. Dies rechtfertigt die jetzt erfolgten Reisebeschränkungen“, so das Innenministerium

PM Inneministerium Brandenburg vom 25.7.2003, gez. Heiko Homburg, ■

Nazi-Liedermacher bei „Wählergruppe Hehl“

MANNHEIM. Am Sonntag den 27. Juli veranstaltete die „Wählergruppe Hehl“ einen Liederabend mit dem Nazi Barden Michael Müller. Das Konzert fand im Rahmen einer Rheinland – Pfalz Tour des „Liedermachers“ statt. Michael Müller ist durch die Beteiligung an Gewalttaten und Volksverhetzung bekannt geworden. So war er für die musikalische Begleitung einer Skinhead Party in München verantwortlich, bei der am Rande ein Grieche von BesucherInnen der Party beinahe totgeschlagen wurde. Müller soll danach den Haupttäter im Haus der Burschenschaft Danubia versteckt haben. Müller trat unter anderem beim Rudolf-Hess-Marsch 2002 in Wunsiedel auf. Seine aktuelle CD wurde von Frank Rennicke produziert. Einer seiner „Hits“ ist die abgewandelte Version eines bekannten Liedes von Udo Jürgens: „Mit 6 Millionen Juden, da fängt der Spaß erst an (…)“ Als Veranstalter für diesen rassistischen und antisemitischen Fall von Volksverhetzung trat die „Wählergruppe Hehl“ auf. Es ist somit die erste öffentliche Aktivität des jetzt in Mannheim wohnhaften Nazi Skinhead Christian Hehl. Wie aus gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen zu hören war, befand sich der Treffpunkt der Nazis am Ludwigshafener Hauptbahnhof. Von dort ging es dann per Autocorso und Polizeiobservation zum eigentlichen Veranstaltungsort. Ob das nachfolgende Konzert ebenfalls von der Polizei überwacht wurde, ist unbekannt.

Mal wieder Nazi-Konzert in Mannheim

Laut „Blick nach Rechts“ fand Mitte Juli ein weiteres Nazi Rockkonzert in den Räumlichkeiten der Bandidos Mannheim statt. Es traten „Jungsturm“ aus dem Saarland, „Mosphit“ aus Sachsen sowie die zwei Black Metal Bands „Totenburg“ und „Wewelsburg“ vor ca. 150 Nazis auf. Es werden wohl die üblichen Veranstalter gewesen sein.

Quelle: www.juz-mannheim.de ■

Naziübergriffe...

eine Zusammenstellung von Gamma-news Leipzig

FREIBERG, 18.7. Auf das Asylbewerberheim ist in der Nacht zu Freitag ein Brandanschlag verübt worden. Zwei unbekannte Männer warfen einen Molotow-Cocktail an die Wand des Hauses, der Brandsatz erlosch von selbst, Menschen kamen nicht zu Schaden. (LVZ 18.7.03)

SCHWANDORF (OBERPFALZ), 20.7. Ein betrunkener Nazi hat am Sonntag einen 27-jährigen Nigerianer Naziparolen gröhlend so brutal getreten, dass das Opfer mit einem Bauchtrauma ins Krankenhaus eingeliefert werden musste. Der Täter, ein einschlägig polizeibekannter 27-jähriger aus Schwandorf, wurde festgenommen, aber wieder freigelassen. (FR, 22.7.03)

TIRSCHENREUTH (BAYERN), 24.7. In der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag haben drei bis vier Mitzwanziger einen Brandanschlag auf die Wohnwagen einer Sinti-Familie verübt. Zum Glück verfehlten die drei Brandsätze die fünf Wohnwagen der Familie. Die 14 Erwachsenen und 4 Kinder blieben unverletzt (Amberger Zeitung, 25.7.).

WITTENBERG (SACHSEN-ANHALT), 26.7. Ein 21-jähriger Iraker ist von sechs jungen Männern überfallen, beschimpft und schwer verletzt worden. Das Opfer musste mit einer Kopfwunde und Prellungen an Schulter und Oberschenkel in ein Krankenhaus eingeliefert werden. Der Iraker sei mehrmals getreten worden, als er bereits am Boden gelegen habe. Die Tatverdächtigen im Alter zwischen 16 und 21 Jahren seien gefasst und der Polizei zum Teil einschlägig bekannt.

MÜNCHEN, 19.7. Ein 23-jähriger Malergeselle, der aus der rechten Szene aussteigen wollte, ist nach einer Zechrunde mit Nazis zusammengeschlagen worden. Die Täter, der 27-jährige Alexander M. und der 33-jährige Maik P., streckten ihn mit Fausthieben zu Boden und traten mit Springerstiefeln auf ihn ein. Ein weiterer 20-jähriger Naziskin und zwei 17 und 18-jährige Mädchen aus der Szene standen daneben und applaudierten. Der Malergeselle wurde mit einem Kieferbruch, Prellungen und Schürfwunden ins Krankenhaus gebracht. Alle Beteiligten waren der Polizei als rechtsextrem bekannt. Die Täter stammen nach Polizeiangaben aus ostdeutschen Bundesländern, der Aussteiger ist Münchner. (SZ, 21.7.)

WITTSTOCK (BRANDENBURG), 25.6. Sechs 14 bis 16 Jahre alte Jugendliche griffen eine 13-jährige Deutsche kubanischer Abstammung an. Sie beschimpften sie wegen ihrer dunklen Hautfarbe und misshandelten sie. (Jungle World 2.7.03)

ILMENAU (THÜRINGEN), 19.7. In der Nacht verübten Unbekannte einen Brandanschlag auf den Asia-Laden des Vietnamesen Tran Vanhieu. BewohnerInnen von fünf Wohnungen mussten evakuiert werden. Vanhieu und seine Frau erlitten Rauchvergiftungen. Der Laden brannte aus, es entstanden 100.000 Euro Sachschaden. Die Polizei schließt einen rassistischen Hintergrund nicht aus: Vanhieu wurden bereits zwei Mal von Nazis die

Fortsetzung Seite6

Faschismus ist eine Meinung und die Überbringer anderslautender Botschaften sind Verbrecher?

Hamburg. Für den 28. Juli hatte der Hamburger Neonazi Christian Worch, einer der Hauptorganisatoren neonazistischer Demonstrationen im Bundesgebiet, eine „Mahnwache" am Feuersturm-Mahnmal mit der Inschrift „Nie wieder Faschismus – Nie wieder Krieg" angemeldet.



Noch bevor seine 45 Anhänger und Anhängerinnen per Sonderfahrt in der U-Bahn herangekarrt werden konnten, „besetzten" rund ein Dutzend Nazi-GegnerInnen den Platz um das Mahnmal an der Mundsburg und riefen: „Für die Freiheit, für das Leben, Nazis von der Straße fegen." Nach wenigen Sekunden wurden sie von starken Polizeieinsatzkräften umzingelt und festgenommen. Fortan sperrte die Polizei mit mehreren Hundertschaften, Wasserwerfern und schwerem Gerät für eineinhalb Stunden eine Hauptverkehrsachse von Hamburg und legte den Betrieb der U2 lahm. Darüber hinaus durfte sich im Umkreis um die Haltestelle Mundsburg, auf deren Vorplatz die Kundgebung lief, niemand außer den Nazis aufhalten, alle 20 Fahrspuren der Kreuzung waren gesperrt. Man wolle nicht, dass es zu Störungen der Veranstaltungen komme, so die Polizei.



Trotz ihres Großeinsatzes verzichtete die Polizei darauf eine Pressemeldung abzusetzen, ganz im Sinne des innenpolitischen Sprechers der Bürgerschaftsfraktion der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, Frank-Michael Bauer, der seine Presseerklärung anlässlich des Naziaufmarsches eine Woche zuvor mit den Worten schloss: „Wenn die Rechtsextremisten morgen durch Hamburg marschieren sollten, hoffe ich darauf, dass sie möglichst niemand zur Kenntnis nimmt - oder ihnen durch unüberlegte, kurzsichtige Aktionen womöglich noch Öffentlichkeit verschafft".

Im Vorfeld hatte die VVN eine Demo angemeldet, die in einem Bogen um den Aufmarschplatz durch die anliegenden Wohnstraßen führen sollte. Die Route wurde nicht genehmigt (sei Rückzugsraum für Störer und so) und per Auflage wurde der VVN eine Strecke zugewiesen, die am Eilbekkanal auf der einen und Villen auf der anderen Straßenseite entlang führte. „Da wohnen nicht diejenigen, die wir erreichen können und wollen" sagte die VVN-Landessprecherin und begnügte sich mit einer Kundgebung, 300 Meter vom Aufmarschort der Nazis entfernt. Daran nahmen etwa 100 Menschen teil. Die Polizei trat mit schikanösen Auflagen wie Beschränkung der Lautstärke, die Ausrichtung der Lautsprecher sowie der Aufforderung an die Teilnehmer auf, diese mögen sich auf den Parkplatz zurückziehen und nicht auf den angrenzenden Fuß- und Fahrradwegen aufhalten. Das unkooperative Auftreten führte dazu, dass die Veranstalter die Kundgebung nach einer Stunde abbrachen.

Man könne „grundrechtlich garantierte Proteste durch unsinnige Auflagen auch zur Farce" verkommen lassen, sagte die Anmelderin Cornelia Kerth.

Das Landesamt für Verfassungsschutz geht in seiner Diffamierung noch einen Schritt weiter, spricht intressensgeleitet wie unzutreffend davon: „Unter dem Tenor ‚Nazis in Hamburg – We say no' rief die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten" (VVN/BdA) zu einer Gegenkundgebung auf, bei der es zu Auseinandersetzungen mit der Polizei kam."

Tatsächlich beteiligte sich der größere Teil KundgebungsteilnehmerInnen nach dem vorzeitigen Ende der Kundgebung an den legalen und gewaltfreien Protesten der vierhundert Antifaschistinnen und Antifaschisten in unmittelbarer Nähe zur Kundgebung der Nazis.

Gegen diese Maßnahmen und Auflagen prüft die VVN eine Feststellungsklage. Im Rahmen der „Hamburger Erklärung" wollen wir die polizeiliche Be- und Verhinderung antifaschistischer Proteste und die Ermöglichung faschistischer Aufmärsche durch staatliche Stellen (Amtshilfe HVV, Abriegelung eines ganzen Stadtteils für eine Nazikundgebung mit 44 Teilnehmern) politisch noch einmal aufrollen.

kun ■



Scheiben eingeworfen. (TA, 20., 21., 22.7.)

FALKENBERG (BRANDENBURG), 3.7. Bei einer Schulabschlussfeier an einem Badesee griffen nachts zwei junge Männer einen 19-jährigen vietnamesischen Schüler an. Die Polizei geht von einem rassistischen Tatmotiv aus. (Jungle World 16.7.03)

BERLIN, 9.7. In Friedrichshain wurden ebenfalls nachts vier Asiaten von ebenso vielen Rechtsextremen im Alter zwischen 20 und 32 Jahren mit Billardqueues zusammengeschlagen. Ein 16-jähriger erlitt bei dem Überfall Platzwunden im Gesicht. Laut Polizei sind die Tatverdächtigen vorbestrafte Nazis. (tazBerlin, 10.7.)

LUDWIGSHAFEN, 12.7. Im Rahmen der Proteste gegen die Bundeswehrausstellung „Unser Heer“ kam es zu einem Übergriff auf einen jugendlichen Antimilitaristen. Dieser wurde an der Straßenbahnhaltestelle in der Nähe der Ausstellung von dem Naziskin Thomas B. angegriffen und geschlagen. Als dem Antimilitaristen PassantInnen zu Hilfe eilen wollten, zog der Nazi ein Messer und bedrohte damit die Anwesenden.

AMBERG. Ein 27-jähriger Nazi ist zu vier Monaten Haft auf vier Jahre Bewährung samt Geldstrafe von 1000 Euro verurteilt worden, sein Komplize zuvor wegen Volksverhetzung und dem Tragen verfassungswidriger Insignien zu zwei Jahren Jugendstrafe. Die beiden Freunde hatten sich das zweite Januar-Wochenende über in der Wohnung des 27-jährigen verschanzt, „in zwei Tagen vier Kästen Bier vernichtet“ und durch die Stadt marschiert. Dabei grölten sie laut Nazilieder, die Reichskriegsflagge um ihre Schultern geworfen, und schrieen einem Radfahrer ein „Verrecke, Saujude“ entgegen. Ein Zeuge verständigte die Polizei. Vor Gericht präsentierte sich der 27-jährige als Aussteiger aus der Rechtsradikalen-Szene: Er gab an, er habe der Polizei bereits sein ganzes Nazigut übergeben. Seinem fast kahl geschorenen Kumpanen, der noch einiges mehr auf dem Kerbholz hatte, hatte der Richter den Sinneswandel nicht geglaubt.

PÖSSNECK (OST-THÜRINGEN). Seit April häufen sich Anschläge auf Geschäfte migrantischer Inhaber. In der Regel werden die Fensterscheiben eingeworfen, es gab auch Bombendrohungen. Ein Tatverdächtiger, der die ersten vier Anschläge begangen hat, sitzt bereits in Haft – die Sachbeschädigungen gehen unvermindert weiter. Außerdem taucht massiv Nazi-Propaganda im Straßenbild auf. Bürgermeister Roolant rief die Bürger zu mehr Zivilcourage auf: sie sollten doch die Polizei zu rufen und Anzeige erstatten, falls sie Zeuge eines solchen Anschlags würden. (OTZ, 18.7.)

BAUTZEN, 20.7. Bei 11 rechtsextremen Jugendlichen, die auf einem Supermarkt-Parkplatz herumlungerten, wurden eine Schreckschusswaffe, ein Metallrohr, eine Holzkeule, ein Totschläger, ein Baseballschläger, zwei Messer und vier CDs mit rechtsradikaler Musik gefunden. Was die Gruppe damit vorhatte, ließ sich nicht ermitteln. (Sächsische Zeitung, 22.7.)

www.free.de/infotelefon, mail:infotelefon@firemail.de, GAMMA ist in Leipzig zu haben im B12, Conne Island, Infoladen, Linxxnet und in der Lichtwirtschaft. ■

Dem Antisemitismus ...

In der Nacht vom 22. auf den 23. Juli 2003 wurde der KZ-Friedhof in Vaihingen an der Enz geschändet. Es wurden Hakenkreuze, SS-Runen und Pentagramme gesprüht. Die Tat war ganz klar rechtsradikaler antisemitischer Natur und leider auch kein Einzelfall.

Bereits im Oktober 1990 wurde der Friedhof von Rechtsradikalen aufgesucht. Damals beschränkte sich die Tat nicht „nur“ auf hässliche Sprühereien. Es wurden sogar Grabsteine herausgerissen und zur Form eines Hakenkreuzes zusammengelegt.



History repeats! Das Problem besteht nicht alleine darin, dass Rechtsextremisten zum wiederholten Male den KZ-Friedhof angegriffen haben, sondern darüber hinaus, dass sie wieder einmal ungestört ihrer antisemitischen Paranoia freien Lauf lassen konnten. Das Traurigste aber ist, dass sie mit ihrer Haltung inzwischen nicht mehr alleine sind. So tragen etwa die wachsende Ablehnungshaltung gegen die israelische Politik und einseitige Befürwortung der palästinensischen Seite sowie z.B. die mediale Hetze gegen Michael Friedmann dazu bei, dass der Antisemitismus in Deutschland wieder salonfähig wird. Lassen wir nicht zu, dass sich die Geschichte wiederholt.

... und Rassismus

Vaihingen/Enz und seine Umgebung blieben auch nicht vor gewalttätigen rechtsgerichteten Übergriffen verschont. In jüngster Zeit gab es immer wieder gewalttätige Angriffe auf Menschen, die vermeintlicher Weise anderer Herkunft sind, sowie auf jene deren äußeres Erscheinungsbild bei Neonazis unerwünscht zu sein scheint. Dies geschah vor allem (aber nicht ausschließlich) auf Dorffesten wie dem Vaihinger Maientag oder dem Kelterfest in Illingen, an dessen Rande im letzten Jahr ein türkischer Junge mit Stahlruten angegriffen und schwer verletzt wurde. Es muss alles daran gesetzt werden, dass sich die Verhältnisse von sogenannten „national befreiten Zonen“ hier nicht verwirklichen können. Darum muss das Thema Rassismus bestimmt, analysiert und diskutiert, sowie vehement gegen dessen Symptome und Ursachen angegangen werden.

... entgegentreten!

Darum rufen wir alle auf, sich an die Solidarität von Kandel zu erinnern. Dort wurde 2002 das Jugendhaus von Neonazis überfallen, woraufhin eine sehr kurzfristige Mobilisierung stattfand, die sehr erfolgreich war. Also auf zur Doppelkundgebung gegen Rassismus und Antisemitismus.

Keine Dörfer für Nazis, keine Orte dem Antisemitismus und Rassismus!

Samstag 9. August Vaihingen/Enz
Part I: 11Uhr Marktplatz
Part II: 13.30Uhr beim KZ-Friedhof

Antifa Vaihingen/Enz, unterstützt von autonome antifa ludwigsburg ■

Besorgnis über Aufschwung der Naziaktionen

Die VVN-BdA an NRW-Ministerpräsidenten Peer Steinbrück: Handeln Sie!

„Eine rechtsextremistische Ideologie lässt sich auch nicht mit den Mitteln des Demonstrationsrechts legitimieren.“ So der Tenor von Beschlüssen des obersten Verwaltungsgerichtes von Nordrhein-Westfalen, des OVG Münster. (Az 5 B B 585/01). Das Land NRW hat nicht nur ein oberstes Verwaltungsgericht, das hoffen lässt. Es hat auch einen Landtag, dessen Petitionsausschuss über 80 Antifaschisten zustimmte, die sich unter Hinweis auf den OVG-Beschluss hilfesuchend an den Landtag wandten: Der Ausschuss befürworte ein entschiedenes Vorgehen gegen Neonazis und wies zugleich zustimmend auf die entsprechende umfangreiche Rechtssprechung des Oberverwaltungsgerichts Münster hin.

Soweit so gut. Neben diesen erfreulichen Faktoren, sind im Lande aber auch Naziszene einen fast ungehemmten Aufschwung. Nicht einmal die Versammlungen des Präsidenten des Zentralrates der Juden können an Rhein und Ruhr ohne Aufmärsche der Antisemiten stattfinden. In Wuppertal stehen derzeit 70 Jugendliche vor Gericht, weil sie Naziansammlungen mittels Teilbesetzung eines Bahnhofs störten. Der Staatsanwalt in Wuppertal ermahnte die Angeklagten jungen Antifaschisten, indem er sie mit den Nazis auf eine Stufe stellte und diesen Nazis noch fortgesetzten Bemühungen dreier Karlsruher Verfassungsrichter, unter Vermeidung einer endgültigen Entscheidung, den Neonazis in Eilentscheidungen immer wieder das Demonstrationsrecht zu genehmigen. Die drei Richter bescheinigen den Neonazis, „eine missliebige Meinung“ zu haben, die zu dulden sei. Die Gegendemonstranten, die unter der Losung „Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen“ gehen, werden immer wieder behindert, auch durch die



sehr unerfreuliche zu verzeichnen. „Sie bestehen darin, dass derzeit auch in NRW die größte Nachfolgeorganisation der verbrecherischen NSDAP, die NPD, zusammen mit anderen Alt- und Neonazis an fast jedem Wochenende mit ihren widerlichen Parolen durch irgendeine Stadt unseres Landes marschieren darf und dass sie mit staatlich bezahlten V-Leuten ihre Kaderbestände auffüllen kann,“ erklärte die VVN-BdA des größten deutschen Bundeslandes. Sie startet jetzt eine neue Petition und eine Unterschriftensammlung, um die Politiker zum Handeln zu bewegen. (Siehe www.nrw.vvn-bda.de)

Es wurden solche alarmierende Fakten aufgezeigt: Sogenannte „Kameradschaften“ agieren als unmittelbare Nachfolgeorganisationen der in den neunziger Jahren verbotenen Neonazigruppen nahezu ungehindert. Mittels ihrer Aufmärsche konnten sie schon große Ortsgruppen in vielen Städten und Orten neu aufbauen. Auch rechte Gewalt nimmt zu. Andererseits wurden Jugendliche, die gegen die Nazis demonstrierten, von der Polizei in Kesseln zusammengepfercht. Sie sind bisher nicht rehabilitiert worden.

Seit dem Desaster mit dem „Freispruch“ der NPD in Karlsruhe erlebt die Tipps für ihren Terror gab: Was Du nicht willst, daß man dir tu, das füg auch keinem andern zu...)

In Hagen geschah nun dies: Die Polizeipräsidentin tat sich mit dem Aufruf hervor, nicht „störend“ gegen die Nazis zu demonstrieren, auf jeden Fall aber auf die Verwendung von Trillerpfeifen zu verzichten, weil dies eine Störung einer genehmigten Veranstaltung darstelle, und eine solche Störung werde mit Gefängnis bis zu drei Jahren bestraft. In Aachen und Umgebung reagierten die Strafverfolgungsbehörden auf Beleidigungsklagen der Neonazis mit Hausdurchsuchungen bei Antinazis, Anfertigen von Fotos der Antifaschisten, Verhören. Über die Anwälte der Neonazis gelangen diese – per Akteneinsicht – zu neuem Material zugunsten ihres Anti-Antifa-Terrors. Gleichzeitig blieben im Raum Aachen Gesetzesverstöße der Neonazis ohne Strafverfolgung.

Warum richten sich Polizei und Justiz nicht nach den Voten des Landtages und nach den Entscheidungen des Obersten Verwaltungsgerichts des Bundeslandes? Das fragen sich die Antifaschisten immer wieder. Polizeipräsidenten und Landräte bleiben untätig und verweisen auf die Polizei des Bundeslandes. Die VVN-BdA erklärte dazu: „Der historische wie aktuelle Faschismus wird damit verharmlost, die von ihm ausgehenden Gefahren werden verniedlicht.“

Genugtuung löste bei der VVN-BdA die Tatsache aus, dass der Präsident des Oberverwaltungsgerichtes von Münster, Michael Bertrams, gegen die zweifelhafte Haltung der drei Karlsruher Juristen öffentlich Stellung bezogen hat, so in Zeitungsartikeln unter der Überschrift „Die Renaissance des Rechtsextremismus wird verharmlost“.

Die VVN-BdA fordert in einem Brief an Ministerpräsident Peer Steinbrück, dass die Landesregierung es dem höchsten Gerichtspräsidenten des Landes und dem Landtagsausschuss gleichtun möge. Dies erscheine notwendig, da sich eine Resignation breit mache, „nach dem Motto: Münster kann entscheiden, was es will, Karlsruhe hebt es wieder auf.“ Es werde bereits im Vorfeld fast jeder Naziprovokation der Versuch unterlassen, mit den Mitteln des Verbots gegen die Nazis vorzugehen. Es habe keinen Zweck, sagen Polizeipräsidenten und Landräte. Sie haben leider erfahren, dass der Innenminister sie im Stich lässt.

→

Anders als die OVG-Rechtssprechung und Landtagsmeinung behauptete das Landesinnenministerium in einem Schreiben an die VVN-BdA: „Entscheidungen des BverfG sind unanfechtbar. An seine Rechtssprechung sind alle übrigen Staatsorgane gebunden. Insoweit steht es dem Innenministerium Nordrhein-Westfalen nicht zu, Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zu werten.“

Parallel dazu wurden VVN-Aktivisten im Bundesverfassungsschutzbericht 2002, der im Mai 2003 von Minister Schily vorgestellt worden ist, als Verfassungsfeinde dargestellt, weil sie gewagt hatten, das Bundesverfassungsgericht zu kritisieren, das die drei Richter gewähren lässt, aber nicht zu einem Spruch gegen die NPD und andere Neonazis gelangt. In dieser Kritik komme eine verfassungsfeindliche Absage an die Unabhängigkeit der Justiz zum Ausdruck.

Jupp Angenfort, Landessprecher der VVN-BdA in NRW, dazu: „Wir erinnern uns noch sehr gut daran, wie bayerische Landesregierungen und andere Kreise gegen Urteile des Bundesverfassungsgerichtes – Urteile und keine Eilentscheidungen dreier Herren! – das Volk auf die Straße riefen, in Sachen Abtreibung, Ostverträge, Kruzifixe und Tucholsky-Zitate. Warum dürfen nur Bayerns Bürger Karlsruhe kritisieren, nicht aber auch die Nordrhein-Westfalens?“

Doch leider nimmt der NRW-Innenminister in Sachen Neonazis nicht mal die eigenen Entscheidungen und die seiner Innenministerkollegen ernst. Von 1992 bis 1995 wurden einige rechte Gruppierungen durch die Innenminister, auch durch den NRW-Innenminister verboten. Doch die Führer dieser verbotenen Gruppen stellen sich an die Spitze von offenkundigen Nachfolgeorganisationen – und sie können ungehindert von der Polizei agieren. Das nennt das Landesinnenministerium dann – so in dem Brief an die VVN-BdA – „konsequente Durchsetzung der Verbote von ANS, NO und FAP“ (Aktionsfront Nationaler Sozialisten, Nationalistische Offensive, Freiheitliche Arbeiterpartei). Es lägen keine Erkenntnisse vor, dass Strukturen dieser rechtsextremistischen Vereine existieren. Angenfort: „Diese Strukturen sind doch Woche für Woche in diesem Lande zu besichtigen.“

Was die angedrohten Aufmärsche der Neonazis gegen die Wehrmachtsausstellung in Dortmund ab September anbelangt – es liegt eine Anmeldung für den 20. 9. 03 vor – , so erwarten die nordrhein-westfälischen Antifaschisten „von der Politik“, wie es heute immer so schön heißt, dass sie endlich mehr tut, als auf eine verunsicherte Polizei zu verweisen und sich mit den unsäglichen Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes in dieser Frage herauszureden. Jupp Angenfort: „Die Landesregierung muss handeln, will sie nicht schweren Ansehensverlust hinnehmen. Denn diese Wehrmachtsausstellung wird auch ein landespolitisches Ereignis werden; - schließlich wird die Dortmunder Ausstellung die letzte in NRW sein. Zudem werden italienische und griechische Opfer der Wehrmachtsverbrechen gerade am 20. September und in den Wochen danach der 60. Wiederkehr des Tages gedenken, an denen Tausende ihrer Landsleute von Wehrmachtssoldaten ermordet wurden.“ Es dürfe nicht sein, dass dieser Jahrestag durch den Aufmarsch von Neonazis geschändet werde. „Es sollte möglich sein, so wie am Gedenktag 27. Januar, an dem den Nazis nachhaltig die Aufmärsche verboten wurden, auch am Gedenktag 20. September zu handeln.“

Ulli Sander
Landessprecher VVN-BdA NRW ■

Hält das Verbot des Heß-Gedenkmarsches?

Seit Jahren wehrt sich die Stadt Wunsiedel mit Verbotsverfügungen gegen den jährlichen Neonazi-Aufmarsch zum Gedenken an Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß. Und mit ebensolcher Regelmäßigkeit hob der bayerische Verwaltungsgerichtshof danach diese Verfügung auf – die Neonazis konnten kommen.



Heß-Gedenkmarsch im August 2002 – das bleibt der Gemeinde wohl dieses Mal erspart

Die beabsichtigte Meinungskundgabe sei noch keine strafbare Verherrlichung des Nationalsozialismus, die eine Untersagung rechtfertigen könnte, argumentierte der VGH zum Beispiel im Jahr 2002. Das Verwaltungsgericht Bayreuth hatte mit dieser Begründung die Kundgebung untersagt und geltend gemacht, dass so der „Werteordnung des Grundgesetzes zuwider gehandelt werde und die öffentliche Ordnung gefährdet sei“.

In diesem Jahr aber schafften die Wunsiedeler es: Bayerns oberster Verwaltungsgerichtshof (VGH) bestätigte die Entscheidung des Verwaltungsgerichts Bayreuth: die für den 16. August geplante Gedenkkundgebung bleibt verboten.

Dass der VGH so entschied, hatte für die Richter allerdings rein prozessuale Gründe. Es gibt neue Vorschriften in Beschwerdeverfahren: Der VGH prüft nur noch die Fehlerhaftigkeit der Verwaltungsgerichtlichen Entscheidung, nicht mehr den Sachverhalt. „Der Veranstalter war also in Begründungszwang“, so ein VGH-Sprecher. Dieser habe nur „subjektive Sichtweisen zur Person Rudolf Heß“ vorgebracht, nicht „rechtlich relevante Gesichtspunkte“, die der Entscheidung des Verwaltungsgerichts hätten entgegengesetzt werden können.

Wieweit es möglich ist, gegen die Entscheidungen jetzt noch das Bundesverfassungsgericht anzurufen, stand bei Redaktionsschluss noch nicht fest.

Im brandenburgischen Wittstock dürfen Alt- und Neonazis nach einer Gerichtsentscheidung jedoch am Wochenende mit einer Kundgebung an Heß erinnern.

Quelle: FR 9.8.2003 - u.b. ■

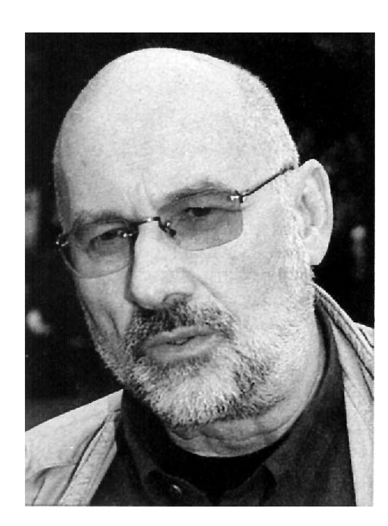
Attac-nahe Zeitung in Polen als Sprachrohr für Horst Mahler

Einer der bekanntesten Vertreter der extremen Rechten in Deutschland, Horst Mahler, hat jetzt in Polen ein Medium gefunden, das seine völkisch-nationalistischen Vorstellungen in die Öffentlichkeit trägt.

Es handelt sich um das Magazin „Obywatel" (Der Bürger), das dem polnischen Flügel von Attac nahe steht, bzw. von der Öffentlichkeit in Polen als Attac-Organ aufgefasst wird. Horst Mahler, einst wegen RAF-Mitgliedschaft inhaftiert, ist radikaler Antisemit und seit einem halben Jahrzehnt in rechtsextremen Strukturen aktiv. Er möchte rechte wie linke Kräfte zu einem nationalen Aufstand gegen das ‚liberal-kapitalistische System' sammeln. Einen von Horst Mahler geplanten provokativen öffentlichen Auftritt im ehemaligen Konzentrationslager Auschwitz haben die deutschen Behörden gerade unterbunden. Jetzt liegt es bei den großen Attac-Organisatonen, vor allem in Frankreich und Deutschland, für Klarheit im Umgang mit der polnischen Attac-Führung zu sorgen.

Der Titel von Mahlers Artikel in „Obywatel" lautet: „Globalisierung als das höchste Stadium des Imperialismus verlangt ein Wiedererwachen der deutschen Nation". Darin heißt es u.a., das ‚Deutsche Reich', zur Zeit nicht funktionsfähig, aber existent, solle ein wesentlicher Faktor sein, um US-Imperialismus und Globalisierung zu blockieren. Die unvermeidliche Krise der USA sei die „Stunde von Deutschland", das zum „Herzen Europas" werde. Die „Verpflanzung von kulturell unterschiedlichen Nationalitäten" nach Deutschland sei ein US-Plan, der eine NATO-Intervention wegen provozierter ethnischer Konflikte legitimieren könne. Das bei einem Zusammenbruch der globalen Wirtschaft entstehende Chaos begrüßt er als Chance, Linke und Rechte würden sich vereinigen, um an der Seite der Deutschen die schwierige Situation zu meistern.

Es ist kein Ausrutscher, dass die polnische Zeitschrift „Obywatel" Horst Mahlers Vorstellungen, mit denen er in Deutschland weitgehend isoliert ist, ohne jegliche kritische Stellungnahme sechs Seiten einräumt. Auch in anderen Ausgaben wird in „Obywatel" zum gemeinsamen Kampf von links und rechts gegen das „System" aufgerufen; über Autoren von „Obywatel" reichen die Verbindungen in das gesamte extrem-rechte Spektrum Polens. Brisant dabei: die Redaktion wird zum Teil von Führungs- bzw. Gründungsmitgliedern von Attac Polska gestellt.



Die polnische antifaschistische Vereinigung „Nidgy Wiecej" wie auch andere KritikerInnen weisen seit der Gründung von Attac Polska 2001 auf die Verbindungen von Attac-Führungspersonen zur extrem-rechten Szene hin. Wesentliches Scharnier ist „Obywatel", die mit der Veröffentlichung linker wie rechter Positionen einer Querfrontstrategie folgt, wie sie von neu-rechten oder nationalrevolutionären Strömungen der extremen Rechten propagiert wird.

Die Querfrontstrategie sieht öffentliche Diskussionen mit Linken vor, gesellschaftliche Diskurse zu besetzen (wie die Globalisierungskritik), und die „anti-Systemkräfte" zu bündeln.

Innerhalb Attac Polska gibt es offensichtlich nicht die Kräfte für einen Richtungswechsel. Es ist nicht das erste Mal, dass die extreme Rechte anhand von Antisemitismus, Anti-Amerikanismus und vorgeblicher Kapitalismuskritik einen Anknüpfungspunkt zur globalisierungskritischen Bewegung sucht. „Ein Gewährenlassen von Rechtsextremen in der globalisierungskritischen Bewegung schadet nicht nur international dem Ansehen von Attac, sondern allen emanzipatorischen Bewegungen, die sich kritisch mit den sozialen und politischen Verhältnissen auseinandersetzen," sagt Ulli Jentsch vom Antifaschistischen Pressearchiv.

Pressemitteilung, Berlin, 29.7.2003
Stowarzyszenie „NIDGY WIECEJ"
„NEVER AGAIN" Association, Warszawa
Antifaschistisches Presse-Archiv und Bildungszentrum e.V., Berlin
Antifaschistisches Infoblatt, Berlin ■

apabiz e.v. - antifaschistisches presse-archiv und bildungszentrum berlin e.v., lausitzer str.10, 10999 berlin tel/fax 0049-030-6116249 www.apabiz.de

Mitglieder von Attac-Frankfurt im Bündnis mit rechtsradikaler Wähler initiative - medico international fordert umgehend Konsequenzen

Mehrfach schon musste sich Attac mit rechten Tendenzen innerhalb des Netzwerks oder mit versuchten Einflussnahmen rechter und rechtsradikaler Gruppen auseinandersetzen. „Globalisierungskritik" ist nicht per se und nicht allein ein emanzipatorisch-demokratisches Projekt, sondern auch ein Feld, auf dem nationalistische und rassistische Kräfte versuchen, die sozialen Proteste gegen neoliberale Politik für ihre Ziele einzuspannen.

Jüngstes Beispiel dafür ist die Teilnahme des rechtsradikalen und rassistischen Bürgerbündnis für Frankfurt - Freie Wähler (BFF) an dem von Attac initiierten Bürgerbegehren gegen Cross-Border-Leasing in Frankfurt. Keineswegs zufällig kommen im Widerstand gegen das Cross-Border-Leasing die radikal unterschiedlichen Motive einer auf die Verteidigung und Durchsetzung demokratischer Rechte und soziale Gerechtigkeit gerichteten Globalisierungskritik und einer rechten und deshalb auch primär antiamerikanischen „Globalisierungskritik" zusammen. Dass die „Freien Wähler" sich dem Bürgerbegehren überhaupt anschließen konnten, war ein schwerer politischer Fehler nicht nur von Attac-Frankfurt, sondern auch aller anderen Beteiligten; die Jungsozialisten haben sich deshalb vom Bündnis zurückgezogen, andere Gruppen sich ihm gar nicht erst angeschlossen.

Seit Wochen fordern viele Mitglieder von Attac-Frankfurt und die Mehrheit des Koordinierungs- und Sprecherkreises deshalb den sofortigen Ausschluss des BFF aus dem Bürgerbegehren gegen Cross-Boarder-Leasing bzw. alternativ den Rückzug von Attac-Frankfurt aus dem

Bündnis. Als Mitbegründer des Attac-Netzwerks in Deutschland und im Attac-Rat vertretene Mitgliedsorganisation mit Sitz in Frankfurt schließt sich medico international dieser Forderung nachdrücklich an. Weil nun aber andere Mitglieder des Koordinierungs- und Sprecherkreises von Attac-Frankfurt den längst überfälligen Bruch mit dem BFF bis jetzt verhindern konnten, sehen wir uns gezwungen, uns in gebotener Ausführlichkeit an das gesamte Netzwerk zu wenden. Wir berufen uns dabei auf das **Selbstverständnis von Attac**, in dem es unter Punkt 1 ausdrücklich heißt:

„Für Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, Chauvinismus und verwandte Ideologien gibt es keinen Platz."

Die rassistische und chauvinistische Ausrichtung der „Freien Wähler" ist ihrem Programm wie den Anträgen und Äußerungen ihres Stadtverordneten Hübner deutlich zu entnehmen, auch wenn sie im Unterschied zu offenen Rassisten Wert auf einen eher bürgerlich-konservativen Auftritt legen. Deshalb fordert das BFF nicht umstandslos „Ausländer raus!", sondern reicht im Römer scheinbar gänzlich anderen Sinnes am 16.7.2002 einen Antrag ein, der mit dem Satz „Frankfurt braucht ein Amt für Integration und Zuwanderung" überschrieben ist. Ziel des Antrags ist aber nicht dessen Einrichtung, sondern die entsprechende Umbenennung des schon seit Jahren existierenden „Amts für multikulturelle Angelegenheiten". Mit dem Namenswechsel soll sich Frankfurt - so wörtlich im Antrag - von „ideologischen Projekten und Wunschvorstellungen" verabschieden, die sich die „deutsche Stadt mit dem höchsten Ausländeranteil" nicht leisten könne: „Auch das neue Bundesamt für Migration und Flüchtlinge vermeidet nicht grundlos den theoretisch wie praktisch nicht länger haltbaren Begriff des ‚Multikulturalismus'" (http://www.bff-im-roemer.de/Andere_NR_688.pdf).

Wohin die Reise geht ist einem am selben Tag eingegangenen zweiten Antrag zu entnehmen, mit dem sich die „Freien Wähler" für eine angemessene Würdigung des deutschen Nationalfeiertags einsetzen: „Der überwältigende Empfang der deutschen Fußball-Nationalmannschaft (...) hat gezeigt: Viele Deutsche der jungen Generation sind willens zu fröhlicher und positiver Bezugnahme auf ihre nationalen Symbole – ein Meer schwarz-rotgoldener Fahnen hat es dokumentiert". Doch soll das „Bewusstsein nationaler Verbundenheit (...) nicht nur bei sportlichen Erfolgen", sondern „ebenso bei Daten und Ereignissen von geschichtlich-symbolischer Bedeutung" gefeiert werden. Denn „Das ist auch der Integration von Zuwanderern dienlich. Denn gerade diese sollen an diesem Tag von dem Zusammengehörigkeitsgefühl in Deutschland erfahren und sich in ihre neue Heimat eingebunden fühlen." Der Antrag schließt mit dem Satz: „Alle Feierlichkeiten eines 3. Oktober enden mit dem Absingen der deutschen Nationalhymne" (www.bff-im-roemer.de/Andere_NR_688.pdf).

Die Herstellung eines nationalen „Zusammengehörigkeitsgefühls" durch Pflege des nationalen Liedguts fügt sich in eine Lokalpolitik, deren Kern ganz analog „die Stärkung des städtischen Gemeinschaftsgeistes" ist, „auch bei und zwischen unterschiedlichen sozialen Gruppen. Weder die Leistungsfähigen noch die Bedürftigen dürfen aus der Pflicht für die Gemeinschaft entlassen werden." Bei wem das BFF da anfangen will, verrät schon der nächste Passus des Wahlprogramms: „Der trügerischen, lediglich zu unkontrollierbaren finanziellen Verpflichtungen führenden Parole von der ‚Sozialen Stadt' stellen wir unsere Vorstellung von der ‚Schützenden Stadt' entgegen. Ihren Bewohnern Schutz vor äußeren und inneren Gefährdungen zu geben - das war und bleibt die wichtigste Aufgabe des Gemeinwesens. Diesen Schutz zu organisieren und zu gewährleisten - das ist die wichtigste Aufgabe der Politik auch in Frankfurt." Deshalb sollen „alle freiwillig gewährten, also nicht rechtlich vorgeschriebenen Unterstützungsleistungen der Stadt (...) auf den Prüfstand". Auf den gehören konsequenterweise dann auch die Bezieher solcher Unterstützungsleistungen: „Als Maßnahme gegen den Missbrauch von Unterstützungsleistungen wie auch gegen die Korruptionsgefahr in den Sozialbehörden (!) wird eine mit besonderen Vollmachten ausgestattete Abteilung ‚Sozialkontrolle' eingerichtet." Unter deren Zuständigkeit fällt dann auch die Überwachung der Umsetzung des nächsten Ziels der „Schützenden Stadt": „Bei arbeitsfähigen Unterstützungsempfängern, die keine Kinder betreuen oder Kranke pflegen, ist die gesetzlich verankerte Arbeitspflicht unter dem bereits in Frankfurt geltenden Motto ‚Arbeit vor Sozialhilfe' durchzusetzen." Geht es doch darum, „nahezu jeden Unterstützungsempfänger in geeigneter Weise einzusetzen." Mit den im Rückgriff auf die sozialkontrolliert durchgesetzte Arbeitspflicht eingesparten Geldern kann dann wiederum der städtische Schutz verstärkt werden: „Um die Sicherheit der Bürgerschaft auch außerhalb personell oder technisch ausreichend überwachter Stadtzonen zu erhöhen, sind verstärkt hilfspolizeiliche Fuß- und Fahrradstreifen einzusetzen. Enge Kontakte zu den Bewohnern ihrer Bezirke sollen die Probleme im Ansatz erkennen lassen, damit rechtzeitig vorbeugend agiert werden kann. Für je 25.000 Einwohner sollten je zwei ‚Ortsteilpolizisten' eingesetzt werden, die ständig einen bestimmten Bezirk betreuen und dort vertraut sind." Auch das dient – ein Schelm, wer Böses dabei denkt - der Integration, der der Zuwanderer wie der der Unterstützungsempfänger. Und weil „Frankfurts Zukunft Wurzeln braucht", muss „der Gebrauch, die Pflege und der Schutz der deutschen Sprache in der Stadt Goethes höchsten Rang haben. Magistrat und Stadtverwaltung haben dafür eine besondere Verantwortung und müssen mit gutem Beispiel vorangehen. Der inflationäre Gebrauch unsinniger Anglizismen in öffentlichen Schriftstücken der Stadtverwaltung und des Magistrats ist zu beenden."

(http://www.bff-im-roemer.de/Wahlprogramm_2001.pdf).

Hier wird trotz aller taktischen Manöver deutlich, wie nationalistische Politik sich „globalisierungskritisch" stilisieren kann. Sichtbar wird allerdings auch, und darauf kommt es uns an, wie sich eine reaktionäre und eine emanzipatorisch-demokratische Globalisierungskritik unterscheiden: zuerst in der Wahrnehmung dessen, was an der gegenwärtigen Form der Globalisierung eigentlich problematisch ist, und dann in der Art und Weise, das jeweilige Problem anzugehen: Stellen wir die soziale, stellt das BFF die nationale Frage. Dazwischen aber – das ist jedenfalls unsere Position – gibt es keine Vermittlung. Im Grundsatz nicht, und in keinem einzelnen Fall. Denn am Cross-Border-Leasing, um den Einzelfall aufzugreifen, besteht das Problem nicht darin, dass die Stadt mit einem amerikanischen Konzern handelseinig werden will, sondern dass überhaupt ein öffentliches Gut - die U-Bahn - privatisiert und vermarktet werden soll.

Sagen wir es offen und unmissverständlich: Gerichtsverwertbare Nachweise von manifestem Rassismus und Chauvinismus liefert das hier in seinen entscheidenden Zügen zitierte Programm der „Freien Wählern" nicht – zu sehr ähnelt es Positionen, die sich zunehmend auch in der sog. „politischen Mitte" durchsetzen. Attac aber entscheidet nicht als juristisches Gremium, sondern allein auf der Grundlage des eigenen politischen Selbstverständnisses als Netzwerk für globale Demokratie und globale soziale Gerechtigkeit. Gerade die besondere Bedeutung der Initiative gegen das Cross-Border-Leasing als einer Möglichkeit, demokratische Globalisierungskritik auch im lokalen Raum erfahrbar und durchsetzbar zu machen, verlangt jetzt die klare und unmissverständliche Verteidigung und Umsetzung des Grundkonsenses, auf dem die unterschiedlichen Mitglieder und Mitgliedsorganisationen von Attac ihre Gemeinsamkeit gründen. Und von dort her ist der Ausschluss des BFF aus dem Bürgerbegehren gegen Cross-Border-Leasing bzw. alternativ der Rückzug von Attac-Frankfurt aus diesem Bündnis zwingend geboten.

Thomas Seibert, medico international, Tel: 069/94438-36, Fax: 069/436002, eMail: seibert@medico.de ■

Abschiebelager Fürth schließen! Weg mit allen (Abschiebe-)Lagern!

Aufruf zu Aktionstagen vom 11. bis 14. September 2003 in Fürth/Nürnberg

Die Flüchtlingsfrage kann nur aus einem Blickwinkel verstanden werden, der die koloniale Struktur der Unterdrückung, Ausgrenzung und Gewalt einschließt. Flüchtlinge werden oft unter dem Aspekt „Rasse" gesehen (aus armen Ländern, in denen Schwarz oder Mestizen leben). Zu Beginn des Kolonialismus, als die Weißen AfrikanerInnen, IndanerInnen, etc. „entdeckten", wurden diese in Zoos gesperrt und quer durch Europa geschickt, um wie exotische Tiere begafft zu werden. Die Realität heute ist nicht sehr anders. Flüchtlinge werden in Flüchtlingsheime wie Markersdorf in Thüringen oder Eisenhüttenstadt in Brandenburg gesteckt, die weit entfernt sind von allen Möglichkeiten der Integration in die Gesellschaft. Sie werden ausgeschlossen und marginalisiert und nur mit Neugier (oder vielleicht weniger Hass) angesehen, wenn sie einige Aspekte ihrer kulturellen Identität zur Schau stellen (Kleidung, Musik, Tanz, etc.). Wenn etwas getan werden muss, um diese inhärente Ungerechtigkeit zu bekämpfen, dann sieht der Europäer/die Europäerin die Flüchtlinge als jemanden, dem/der geholfen werden muss. Wenn der Stiefel der Unterdrückung auf dem Rücken der Mehrheit der Welt tritt, dann bleibt jede helfende Hand nur eine Geste, so lange, bis wir den Stiefel der Unterdrückung entfernen. Und es muss klar sein, dass dieser symbolische Stiefel auf unserem Rücken die sehr konkrete Situation der Welt darstellt, wo wenige reiche Länder in den Händen der Konzerne versuchen den Wohlstand (menschlich und materiell) des gesamten Planeten zu kontrollieren. Wenn wir versuchen, ein besseres Leben, um unsere Familien zu ernähren, Bildung zu erhalten, oder das Recht auf eine vernünftige Gesundheitsversorgung zu erlangen, dann kriminalisieren uns die Gesellschaften, deren Reiche die Strukturen unserer Gesellschaften und unsere Identitäten zerstören, und sie werfen uns in Gefängnisse, wo sie doch die Leute sind, die diese Verbrechen von Anfang an begangen haben. Aufgrund der immer repressiveren Migrationskontrollen beginnt diese Beschneidung unserer Bewegungsfreiheit durch Polizeikontrolle und Polizeibrutalität jetzt in unseren eigenen Ländern, wo die Polizei vor Ort Geld aus Europa erhält, um den Wunsch der Leute, ein besseres Leben zu suchen zu kriminalisieren und sie einzusperren. Falls wir es schaffen, durch die zunehmend rigiden und brutalen Kontrollen der Festung Europa zu kommen, werden wir sofort als Terroristen und Kriminelle angesehen, und unsere Abschiebung wird vorbereitet, noch bevor sie unsere Namen kennen oder sogar von unserer Existenz wissen. Die bürokratische Maschine der Ungerechtigkeit arbeitet weiter, und wir bleiben Menschen und Kulturen ohne Gesicht und ohne Rechte, nur einfache Objekte, die angestarrt werden und über die geredet wird, als wenn wir noch immer in den Menschen-Zoos wären, die vor Hunderten von Jahren für uns gebaut worden waren. Wenn wir abgeschoben werden, werden wir zurückgeschickt in die Länder, die zerstört und jeglicher Zukunft beraubt wurden, was anfing, als die Europäer unsere Länder erreichten und anfingen, sie im Namen der Religion und des Profits zu „entdecken". Genauso wie heute. Und genau wie zu Beginn des Kolonialismus werden wir behandelt wie Tiere, die die sogenannten Ideale der Europäer nicht wert sind - Freiheit, Brüderlichkeit und Demokratie. Wir werden in Käfige gesperrt (entweder Heime, Ausreisezentren oder Abschiebeknäste) und sie versuchen, uns klar zu machen, dass wir die Errungenschaften einer sogenannten freien Gesellschaft mit Demokratie, Bildung, Gesundheitsfürsorge, dem Recht auf Arbeit und dem Recht auf Bewegung weder hier noch in unseren eigenen Ländern genießen dürfen. Es wird von uns erwartet, die Ungerechtigkeit, die uns von unseren Regierungen und deren Herrschern (USA und europäische Regierungen, WTO, IMF, Weltbank) auferlegt wurde, zu akzeptieren. Es wird auch von uns erwartet, dass wir uns nicht verteidigen, wenn wir angegriffen werden, sondern dass wir uns wie gezähmte Tiere verhalten, die nur gehorchen dürfen und sich vor ihrem Herren ducken.



ARBEITERFOTOGRAFIE

Schluss mit Abschiebungen!

Abschiebung ist Menschenrechtsverletzung, ein Verbrechen. Die deutschen Behörden müssen zur Verantwortung gezogen werden für die Folgen dieser Abschiebungen und der Abschiebe-Drohungen, die oft zu völliger Verzweiflung und Frustration geführt haben. Sie müssen zur Verantwortung gezogen werden für die Repression und für den Tod von Flüchtlingen und MigrantInnen hier in Deutschland und unmittelbar nach der Abschiebung, sowie für das Einsperren, die Verfolgung, die Folter und den Tod von denen, die abgeschoben wurden.

Auch nach so vielen Jahrhunderten kolonialistischer und kapitalistischer Ausbeutung unserer Reichtümer und der Menschen, nach so vielen Massakern, unterdrückerischen Regimes und Folter kämpfen wir immer noch, sowohl in unseren Heimatländern als auch hier, darum, diese Ungerechtigkeit ein für alle mal umzustürzen! Wir sind immer noch da, wir sind immer noch stark, und wir haben immer noch unsere Würde! Egal wo wir sind, unser Widerstand - geerbt von so vielen Generationen, die vor uns für unsere Befreiung gekämpft haben und gestorben sind - geht weiter und wird nicht besiegt werden!

Wir rufen alle Flüchtlinge, MigrantInnen und fortschrittlichen Menschen dazu auf, zusammenzukommen und zu zeigen, dass eine andere Welt möglich ist und dass Solidarität, Gerechtigkeit, Geschwisterlichkeit und Freiheit mehr sind als bedeutungslose Schlagworte – anders als die Worte der Mächtigen.

Bewegungsfreiheit jetzt! Schließt alle Abschiebelager und Abschiebeknäste!

Schluss mit den Abschiebungen und Residenzpflichtbeschränkungen für Flüchtlinge in Deutschland!

Wo auch immer es Repression gibt, werden wir da sein! Keine Ungerechtigkeit ist sicher vor unserem Widerstand!

Karawane for the rights of refugees and migrants in Germany.
The VOICE Refugee Forum, Jena.
E-mail.:voice_mail@emdash.org,
www.basicrights.de ■

Bisheriges Programm: Donnerstag, 11.09. nachmittags: Begrüßung der Menschen im Lager und im Asylheim. Anschließend: gemeinsames Auftaktplenum. Freitag, 12.9. vormittags: Kundgebung vor dem Bundesamt für Migration, mittags: öffentliches Hearing zum Widerstand gegen Abschiebelager, nachmittags: verschiedene dezentrale Aktionen. Samstag, 13.9. Großdemonstration gegen das Abschiebelager, abends: Open Air Konzert vor dem Lager

Zweites bayerisches Ausreiselager geplant, aber erneut gescheitert

24.7.03–bfr/rp. Noch im August diesen Jahres will Bayerns Innenminister Beckstein in der Gemeinde Engelsberg/Obb. (Landkreis Traunstein) ein neues Speziallager für Flüchtlinge eröffnen. Das Lager soll über 70 Plätze für „schwierige Fälle" verfügen, es entsteht neben einer Gemeinschaftsunterkunft für Asylsuchende.

Seitens des Engelsberger Bürgermeisters Franz Ketzer (CSU) und des Gemeinderats aber gibt es Proteste. Dort wird befürchtet, dass es sich bei dem neuen Lager um ein Ausreiselager nach dem Modell „Fürth" handeln soll, in dem abgelehnte Flüchtlinge durch Verhöre und Repressalien zur Ausreise genötigt werden sollen.

Erfolgsmodell Fürth?

Migrationsbeauftragte des Verbands, Wilhelm Dräxler, als auch die Caritas Traunstein nicht zur Zusammenarbeit mit der Regierung bereit.

Keine Lagergesellschaft Bayern

Bayerischer und Münchner Flüchtlingsrat sowie die Menschenrechtsorganisation res publica lehnen die Errichtung eines neuen Speziallagers für Flüchtlinge kategorisch ab.

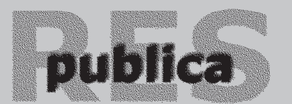
Bayern ist auf dem besten Weg, zu einer Lagergesellschaft zu werden, in der wehrlose Menschen einer ausgrenzenden und mit der Menschenwürde nicht zu ist am Widerstand der Gemeinde gescheitert.

Dem für Engelsberg beabsichtigten Vorhaben, über das zwischen Regierung von Oberbayern, Gemeinderat und Bürgermeister Franz Ketzer (CSU) bereits verhandelt wurde, erteilte die Kommune eine definitive Absage, wie heute bekannt wurde.

In die dortige Unterkunft sollen nun – zumindest vorläufig – nur „normale" Asylsuchende eingewiesen werden.

Dies bestätigte Innenminister Beckstein nach Protesten von Bürgermeister Ketzer und dem Gemeinderat Engels-





MFR

Angesichts dieser Sachlage erscheint die gestrige Veröffentlichung des bayerischen Innenministers über die „Erfolgsbilanz" des Fürther Ausreiselagers (bisher wählten knapp 50% der dort Eingewiesenen lieber den Weg in die Illegalität als der Einweisung in das Abschiebelager Folge zu leisten) als ein Legitimationsversuch bayerischer Lagerpolitik im derzeitigen Landtags-Wahlkampf.

Das in Engelsberg geplante Lager wird (noch) nicht als „Ausreiseeinrichtung", so die Behördensprache, bezeichnet. Im Lager Fürth hatten es die Wohlfahrtsverbände abgelehnt, die im Konzept vorgesehene psychosoziale Beratung zu übernehmen, weil es ihren sozialen Grundsätzen zuwiderlief. Bezüglich Engelsberg laufen noch Verhandlungen zwischen der zuständigen Regierung von Oberbayern und dem bayerischen Caritasverband über die Übernahme der Beratung. Sollte sich bewahrheiten, dass in Engelsberg ein Ausreiselager in Betrieb genommen wird, sind jedoch sowohl der vereinbarenden Sonderbehandlung unterzogen werden.

BFR, MFR und res publica appellieren an die Gemeinde Engelsberg, die Caritas, alle in der dortigen Asylarbeit Tätigen und alle anderen interessierten Menschen, in Engelsberg kein neues Speziallager für Flüchtlinge zuzulassen.

Proteste seitens der Kommune führten in Neuburg/Donau im März diesen Jahres zur Zusage seitens des bayerischen Innenstaatssekretärs Regensburger, um dessen Wahlkreis es sich hier handelte, dass „so lange, wie ich im Amt bin, in Neuburg kein Ausreiselager errichtet" werde. Bei Engelsberg handelt es sich um den Wahlkreis des derzeitigen CSU-Fraktionsvorsitzenden Alois Glück.

Errichtung eines zweiten Ausreisezentrums erneut gescheitert

30.7.03–bfr/rp. Inzwischen steht fest: Auch dieser zweite Versuch der bayerischen Landesregierung, ein weiteres Ausreiselager in Südbayern zu errichten, berg. Nach dem im März diesen Jahres gestarteten Versuch, das zweite bayerische Ausreisezentrum in Neuburg an der Donau zu errichten, was ebenfalls am Widerspruch der dortigen Kommune scheiterte, ist mit Engelsberg nun schon der zweite Standort für ein Ausreiselager geplatzt.

Der Bayerische Flüchtlingsrat und res publica begrüßen diese Entwicklung, die zeigt, dass es Innenminister Beckstein offensichtlich immer schwerer fällt, geeignete Standorte für die von ihm angekündigten weiteren Ausreiselager in Bayern zu finden.

Auch die Tarnung als „Unterkunft für schwierige Fälle" hat dem Innenministerium nicht geholfen, die weit verbreitete Skepsis gegenüber Ausreiselagern zu überwinden.

Für weitere Informationen:
Dagmar Illi, MFR 089/123 900 96
Florian Dotzler, res publica, 0179/5486646, Stephan Dünnwald, bfr 089 / 76 22 34 ■

Aachener Friedenspreis 2003

AACHEN. Der Aachener Friedenspreis 2003 wird am 1. September 2003 Dr. Reuven Moskovitz und Nabila Espanioly sowie der deutschen Initiative Ordensleute für den Frieden (IOF) verliehen.

Seit vielen Jahren engagieren sich der Holocaust-Überlebende Reuven Moskovitz und die Palästinenserin mit israelischem Pass Nabila Espanioly in der israelischen Friedensbewegung und im jüdisch-palästinensischen Dialog. Seit dem Ausbruch der zweiten Intifada organisieren sie gemeinsam mit anderen Gruppen der Friedensbewegung unter oft schwierigen Bedingungen Hilfstransporte in die Westbank und nach Gaza.

Die Initiative Ordensleute für den Frieden (IOF) ist eine Gruppe aus katholischen Ordensleuten, evangelischen wie katholischen Nicht-Funktionsträgern und auch Nichtchristen. Seit den Protesten gegen den NATO-Raketenbeschluss vor 20 Jahren engagiert sie sich für Frieden und Abrüstung und thematisiert zugleich das kapitalistische Wirtschaftssystem als Quelle dauernder Ungerechtigkeit und Ausbeutung. Spektakuläre Aktionen zivilen Ungehorsams gehören zu ihren erprobten Methoden.

www.comlink.apc.org/aachener-friedenspreis ■

Massenmedien, Migration und Integration

Migrationsberichterstattung als Herausforderung für Journalismus und politische Bildung

Tagung der Forschungsstelle für interkulturelle Studien (FiSt) an der Universität zu Köln in Zusammenarbeit mit der Thomas-Morus-Akademie Bensberg am 8. November in Köln

10.00 Uhr: Eröffnung und Begrüßung durch den Dekan der Erziehungswissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln, Prof. Dr. Klaus Künzel

10.30 Uhr Eröffnungsvorträge

1. Medien, Migrant(inn)en und multikulturelle Gesellschaft — ein schwieriges Verhältnis. Dr. Gualtiero Zambonini , WDR-Beauftragter für Integration und Vielfalt

2. Die mediale Migrationsberichterstattung als Herausforderung für die politische Bildung. Prof. Dr. Christoph Butterwegge, Forschungsstelle für interkulturelle Studien (FiSt)

13.30 Uhr 5 Diskussionsforen (A, B, C, D und E)

A) Migration, Topol und Semantik: Wie man über Zuwanderung bzw. Zuwanderer spricht/schreibt.
Dr. Matthias Jung, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf:
Reden über Ausländer — Ergebnisse, Möglichkeiten und Grenzen diskurssemantischer Ansätze
Dr. Martin Wengeler, Universität zu Köln: Zur historischen Kontinutät von Argumentationsmustern im Migrationsdiskurs
Moderation: Prof. Dr. Georg Auernheimer, Forschungsstelle für interkulturelle Studien an der Universität zu Köln (FiSt)

B) Migrant(inn)en in der politischen Bildung: Nur Problem- und Defizitträger?
Jan Motte, Landeszentrum für Zuwanderung NRW (LZZ):
Beispiele für gelungene Bildungsprojekte.
Berrin Öziem Otyakmaz, Universität Essen: Das Bild der Migrant(inn)en in Medien und Bildungsinstitutionen, Moderation: Carolin Reißlandt, Köln

C) Islamismus, Terrorismus und ‚Ausländerkriminalität" als Medienthemen
Dr. Seref Ates, Universität Ankara: Muslimische Migrant(inn)en in deutschen Medien nach dem 11. September 2001
Prof. Dr. Rainer Geißler, Universität/GH Siegen: „Ausländerkriminalität" als Medienthema
Moderation: Schahrzad Farrokhzad, Universität zu Köln (FiSt)

D) Zuwanderungsgesetzgebung, Fremdenabwehr und Rassismus
Dr. Gudrun Hentges, Universität zu Köln: Die Debatte über das Zuwanderungsgesetz in den Medien
Prof. Dr. Bernd Scheffer, Universität München: Medien und Fremdheit: Zwischen Blauäugigkeit und Zynismus
Moderation: Dr. Erol Yildiz, Universität zu Köln (FiSt)

E) Journalismus, Migration und Integration: Welche positiven Ansätze gibt es?
Dr. Sabine Jungk, Landeszentrum für Zuwanderung NRW (LZZ): Beispiele für eine gelungene Medienpraxis
Prof. Dr. Hans-Jürgen Weiß, GöfaK Medienforschung GmbH, Potsdam/FU Berlin: Überlegungen zum Verhältnis zwischen mutter- und deutschsprachigen Medienangeboten
Moderation: Dr. Gregor Taxacher, Thomas-Morus-Akademie

16.00 Uhr Abschlussreferat

Wie die Medien und Medienmacher/inneri dem Thema „Zuwanderung" (besser) gerecht werden können, Günter Piening, Ausländerbeauftragter des Berliner Senats

17.00 Uhr Migrant(inn)en und Medien in der Zukunft, Überlegungen des Kölner Kabarettisten Heinrich Pachl

Anmeldung: Thomas-Morus-Akademie Bensberg, Overather Straße 51-53, 51429 Bergisch Gladbach, Telefon 0 22 04/40 84 72, Fax 0 22 04/40 84 20, akademie@tma-bensberg .de
Veranstaltungsort: Caritas, Internat. Sozialdienst, Stolzestr. 1a, Köln



Erklärung der IPPNW zum Hiroshima-Tag

Berlin, den 4. August 2003

Das Gründungs- und Ehrenvorstandsmitglied der IPPNW, der Psychoanalytiker Horst-Eberhard Richter, kritisiert zum 58. Jahrestag der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki die Politik der USA. Die im Rahmen ihrer Nationalen Sicherheitsstrategie geplante Entwicklung von einsetzbaren Atomwaffen bedeute nichts anderes als eine atomare Erpressung der Welt, denn sie bedrohe jedes Land mit Gewalt, das die Übermacht der USA gefährde.

Deutschland binde sich in diese Strategie ein. Die fortgesetzte Teilhabe eines deutschen Tornado-Geschwaders am NATO-Nuklearwaffen-Kontingent, die Verteidigungsminister Struck mit der zunehmenden Bedrohung durch „unberechenbare Staaten mit Atomwaffen" rechtfertigt, müsse beendet werden.

Die IPPNW empfindet es als besonders makaber, dass sich ausgerechnet zu den Jahrestagen von Hiroshima und Nagasaki Vertreter des Pentagon und des US-Energieministeriums auf einer Militärbasis in Nebraska treffen werden, um die Tests kleiner Atomwaffen und deren Auswirkung auf das Atomtestmoratorium zu besprechen. Zuvor hat die Regierung Bush in aller Stille das einzige unabhängige Prüfungsorgan US-amerikanischer Atomwaffenpolitik, das beim Energieministerium angesiedelte „National Nuclear Security Administration Advisory Committee" (NNSA), aufgelöst.

Die Falken in der Politik und unter den US-Militärs ebnen den Weg zu neuen Atomwaffen, wie Bunker-Buster gegen tiefliegende Bunker oder taktische Mininukes mit einer Sprengkraft von unter fünf Kilotonnen TNT. Dabei widerspricht beides der im Nichtverbreitungsvertrag eingegangenen Verpflichtung, die atomare Abrüstung in bester Absicht voranzutreiben (Artikel VI).

Horst-Eberhard Richter fordert dazu auf, laut an die Verbrechen in Hiroshima und Nagasaki zu erinnern, um eine Wiederholung zu verhindern und für eine andere Politik einzustehen:

„Es gibt auf der Welt nur eine gemeinsame Sicherheit in einem Geist der Ebenbürtigkeit und Gleichberechtigung der Menschen und Völker in einer gerechteren Globalisierung. Der Kampf für dieses Ziel muss verstärkt werden. Die Millionen in allen Kontinenten, die am 15. Februar aufgestanden sind, beweisen, dass eine große Mehrheit hinter der Friedensbewegung steht. Diesen unseren Willen müssen wir wach halten und damit den gewählten Verantwortlichen noch viel mehr Druck machen als bisher."

Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges (IPPNW), Körtestr. 10, 10967 Berlin, Tel.: 030-698074-0, Fax: 030-6938166, E-Mail: ippnw@ippnw.de; Internetseite: www.ippnw.de ■

Anne Dufourmantelle / Antonio Negri

Rückkehr

Alphabet eines bewegten Lebens

Das Erscheinen von Empire II ist angekündigt. Wer sich zur Lektüre des ersten Bandes bisher nicht entschließen konnte, dem bietet die im Frühjahr dieses Jahres in deutscher Übersetzung erschienene Biografie einen weniger aufwändigen, aber aktuellen Überblick über Negris Auffassungen. Die Biografie oder besser Reflexion über die eigene Biografie geschieht anhand von Stichworten von A bis Z und basiert auf langen Interviews, die die französische Journalistin Anne Dufourmantelle nach dem 11. September 2001 mit Negri geführt hat. Am Schluss ist noch ein Interview von Thomas Atzert mit Antonio Negri vom Januar dieses Jahres angehängt, in dem es wesentlich um die Bewertung der damals stattfindenden Vorbereitungen auf den Irak-Krieg geht.

Der Stichwortkatalog als Methode einer Biografie mag zunächst abschreckend wirken, zeigt sich aber geeignet, um über kurze Einblicke in das Leben Negris Aufschluss zu gewinnen über wesentliche Einflüsse aus Politik und Philosophie, seine Auseinandersetzungen mit dem politischen und privaten Umfeld, seine Lebenserfahrungen und Verarbeitung all dessen in eine politische Theorie.

Ein Beispiel: F wie Faschismus: „ Es gibt Leute, die behaupten, auch der Faschismus sei eine Form der Organisierung der Menge. Ich halte diese Vorstellung für falsch, denn wenn die Multitude faschistisch wird, so, weil sie darauf beschränkt wird, Masse zu sein, einsam zu sein. Die Menge kann nur faschistisch werden, wenn man ihre Besonderheit zerstört, die Tatsache, dass sie ein Geflecht von Singularitäten ist, in dem eine Vielzahl irreduzibler Tätigkeiten zusammenwirken. Der Faschismus ist immer eine Negation dieser Potenz, eine Enteignung, außerhalb des gemeinsamen Seins. Jeder Faschist schürt den Hass auf Andere, verherrlicht die Gewalt als Mittel gegen alle Widrigkeiten der Welt, verdammt die Unterschiede, bejubelt eine Ordnung der Vergangenheit … Der Faschismus, jeder Faschismus wendet sich als Zerstörung gegen die Bewegung des Lebens, gegen das Glück und die Vielfalt, die sie begründet.“

Oder ein anderes Beispiel über den Zusammenhang von Krieg und Empire:

„Nun, im Empire, gibt es keinen Krieg mehr, der Krieg ist zu Ende. Es hat einen Hauch von Provokation, das so zu formulieren, aber ich bin tatsächlich überzeugt, dass die alte Form von Krieg, also Nationalstaat gegen Nationalstaat, das Leben opfern, um die Grenzen zu verteidigen, den Einzelnen opfern, um das Volk zu retten, dass dieser Krieg am Ende ist. Wenn man noch einmal die Arbeiten Foucaults über den Krieg liest, findet man eine bemerkenswerte Antizipation: Es handelt sich nicht einfach um eine Umkehrung des Paradigmas von Clausewitz, sondern es ging darum, es zu wenden wie einen Handschuh. So findet man das Empire. Heute stellt sich uns die Aufgabe, den Krieg im imperialen Zusammenhang neu zu bestimmen. Wie wird heute Krieg geführt? Gegen wen wird heute Krieg geführt? Was wird heute verteidigt? Und was unterscheidet eine weltweite Polizeioperation, also die Administration, die Machtausübung im imperialen Raum, von dem, was Zeitungen gewöhnlich, ‚Krieg‘ nennen?“

Antonio Negris Analyse des globalisierten Kapitalismus, die er zusammen mit Michael Hardt 2000 unter dem Titel „Empire“ vorgelegt hat, ist natürlich mit seiner Biografie verbunden. Seine Thesen zum Übergang der kapitalistischen Disziplinargesellschaft (Fordismus) zur kapitalistischen Kontrollgesellschaft (Toyotismus) und die Nachvollziehung dieser Entwicklung anhand der Entwicklungen im italienischen Norden (Lombardei) mögen gewissen wissenschaftlichen Ansprüchen nicht immer genügen. Nur sind solcherlei Ansprüche an eine Biografie auch nicht zu stellen. Interessanterweise gelingt Negri durch die Methode Frage und Antwort die Darlegung bestimmter Sichtweisen sogar prägnanter und nachvollziehbarer, als es im „Empire“ gelungen ist.

Wer also sich nicht mit einer „aufwändigen Theorie“ auseinandersetzen mag, keine übertriebenen Ansprüche an eine Biografie stellt, der entdeckt in dem Büchlein manch interessantes Fragment, was zur Gegenüberstellung mit den eigenen Lebenserfahrungen reizt, insbesondere wenn diese eigenen Lebenserfahrungen auch durch die Geschichte der Neuen Linken in Europa geprägt sind.

brr ■

Antonio Negri / Rückkehr, Alphabet eines bewegten Lebens, erschienen im Campus-Verlag, (ISBN 3-593-37242-8)



Vom Henlein-Clan zum „Sudetendeutschen Freikorps“

Über Ursprung und Entwicklung der sudetendeutschen Anschlussbewegung hat jetzt Emil Hruška, Plzen (CR), eine umfangreiche Studie verfasst. Sie trägt den Titel: „Sudetendeutsche Kapitel“. Dem Autor geht es vor allem darum, die Gründe für die Einführung der Begriffe „Sudeten“, „sudetendeutsch“ und „Sudetenland“ und die mit ihnen verbundenen ideologischen und politischen Assoziationen und Folgerungen darzulegen. Er kommt zu der Auffassung, dass diese Begriffe „nicht einmal ihren unmittelbaren Trägern, geschweige den jüngeren Generationen von Historikern, Publizisten und Studenten ausreichend bekannt“ sind.

Eine erschreckende Feststellung, wenn man bedenkt, mit welcher Leichtigkeit heute von der politischen Elite mit diesen offensichtlichen Kampfbegriffen umgegangen wird. Hruška geht weit in die Geschichte zurück. Nach Meinung des „sudetendeutschen“ Historikers Heinrich Kuhn, schreibt Hruška, sind die Sudetendeutschen als Volksgemeinschaft der Deutschen in Böhmen, Mähren und Schlesien in die Geschichte eingetreten. Ein anderer, Franz Jesser, beziffert dieses Ereignis in einem Artikel auf das Jahr 1902. Dieser Artikel soll in der Prager Zeitschrift „Deutscher Volksbote“ im gleichen Jahr veröffentlicht worden sein. Das Kuriose an der Sache ist, dass man diesen Artikel nie gefun-

den hat. Bekannt ist lediglich, dass erst nach dem Ersten Weltkrieg diese Begriffe in den politischen Sprachgebrauch im Zusammenhang mit den oppositionellen Deutschen in Böhmen, Mähren und Schlesien eingeführt wurde.

Der Autor der Studie, ein promovierter Jurist und bekannter Publizist, gliedert seine Arbeit in fünf Kapitel. Sehr ins Detail gehend und mit sehr viel bisher unbekannten Fakten untersucht er vornehmlich die Zeit, als die deutschen Nationalsozialisten die deutschen Bürger in diesem Raum für ihre antitschechoslowakische Politik missbrauchten. Die Entstehung des „Kameradschaftsbundes“ (KB), die Gründung der „Sudetendeutschen Heimatfront“(SHF) und die Rolle der „Sudetendeutschen Partei“ (SdP) auf dem Territorium der CSR werden gründlich untersucht. Nicht nur das. Hruska schildert die verschiedenen Strömungen in diesen Organisationen und den Einfluss der NSDAP. Es wird die Bildung militärischer Verbände, des sogenannten „Sudetendeutschen Freikorps“ berichtet. Auch über die gezielte Spionagetätigkeit für die Nazis ist einiges nachzulesen. Die Spionagezentrale der SdP befand sich im bayrischen Selb, in der Franz-Heinrich-Str. 21. Ein Narr, der dabei Böses denkt. Viele der Führer dieser Organisationen wurden nach dem Zweiten Weltkrieg in der Bundesrepublik Deutschland wieder aktiv und gründeten die „Sudetendeutsche Landsmannschaft“.

Der Studie ist eine umfangreiche Dokumentensammlung beigefügt. Hier ist der Aufruf Konrad Henleins zur Gründung der „Sudetendeutschen Heimatfront“ zu finden, ebenso wie sein Brief an Konstantin von Neurath vom 19. November 1937, den damaligen Außenminister des Deutschen Reiches.

Das Buch ist eine Fundgrube an historischen Fakten und eindeutigen Beweisen für die nazistische Vergangenheit der oben genannten sudetendeutschen Organisationen während des Zweiten Weltkrieges. Es wird sicherlich von den Oberen der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“ versucht werden, das Buch totzuschweigen. ■

Emil Hruška: Sudetendeutsche Kapitel – Studie zu Ursprung und Entwicklung der sudetendeutschen Anschlussbewegung / GNN-Verlag Hamburg, 2003, bf., 124 Seiten, Herausgegeben von der Redaktion Deutsch-Tschechische Nachrichten München /Juni 2003 / Preis 5,00 Euro Bestellanschrift: GNN Verlag Hamburg, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel.: 040/4318820, e-mail: gnn-hhsh@hansenet.de

antifa - neue Zeitschrift, alte Bekannte

BERLIN. Bereits am 4. Oktober 2002 vereinigten sich die beiden antifaschistischen Verbände VVN-BdA (West) und VVdN-BdA (Ost) auf einer gemeinsam durchgeführten Bundeskonferenz: „Mit dem Zusammenschluss ist mit über 11.000 Mitgliedern die mitgliederstärkste Organisation von ehemaligen Verfolgten, Naziopfern, Widerstandskämpfern und Antifaschisten der nachfolgenden Generationen entstanden, die den Namen VVN-BdA führt“, heißt es in der Erklärung zur Gründung.

Mit der jüngsten August/September-Ausgabe der Zeitschrift „antifa“ hat der Zusammenschluß nun auch die Publizistik erreicht. Erschien die antifa bisher als ein eigenständiges, über Abo vertriebenes Monatsmagazin mit überwiegender Verbreitung in den neuen Bundesländern, so war die Antifaschistische Rundschau ganz als verbandsinterne Mitgliederinformation der VVN-BdA ausgelegt. Auch die „antifa - Magazin für antifaschistische Politik und Kultur“ will ein Verbandsorgan sein, „aber kein Blatt“, wie die leitenden Redakteure


antifa
Magazin für antifaschistische Politik und Kultur
Aug./Sept. 2003
Nun also gemeinsam
von Ernst Antoni und Hans Canjé

Ernst Antoni und Hans Canjé schreiben, „das sich mit der Eigendarstellung zufrieden gibt.“ So finden sich in der aktuellen Ausgabe Beiträge der Lagerarbeitsgemeinschaft Lichtenberg, der Gedenkstätte Neuengamme, ein Bericht über Interbrigadistentreffen der Spanienkämpfer am Ebro, ein Interview mit Ulli Sander über die Proteste anlässlich des Gebirgsjägertreffen in Mittenwald, ein Rückblick auf den 30ten Jahrestag des Militärputsches gegen Salvador Allende und einer auf den 60. Jahrestag der Gründung des Nationalkomitees Freies Deutschland. Hinzu kommen Rezensionen, Veranstaltungshinweise und Seminarankündigungen.

Die Erscheinungsweise der antifa, die im Berliner Format auf 24 Seiten ordentlich aussieht, liegt mit zur Zeit sechs Ausgaben in der Mitte zwischen dem ehemals quartalsmäßigen Erscheinen der Rundschau und dem früher monatlichen Erscheinen der antifa.

Im Einzelbezug kostet die Ausgabe 2 Euro und kann über die Redakton bestellt werden: Redaktion antifa, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin.

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.
Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Forum kommunistischer Arbeitsgemeinschaften); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke; Jochen Koeniger (Arbeitsgruppe gegen Militarismus und Repression); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; AG Antifaschismus/ Antirassismus in der PDS NRW; Angelo Lucifero (Landesleiter hbv in ver.di Thüringen); Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Termine:

Für den 30. August ruft das „Bündnis Lübeck Rechts“ zu einer Demonstration unter dem Motto „Soziale Gerechtigkeit schaffen“ auf. Es handelt sich um eine Gegenaktion der Rechten zu einer geplanten Demonstration gegen die Schließung des alternativen Zentrums, kurz „Walli“ genannt, dass der Streichungspolitik der CDU zum Opfer fallen soll. Auftaktort für den Aufmarsch soll der Güterbahnhof hinter dem Hauptbahnhof sein, wo sich die Nazis um 10 Uhr treffen und um 11 Uhr losmarschieren wollen. Ab 9. 30 Uhr: Antifa-Action um den Bahnhof und entlang der Naziroute. Achtet auf weitere Ankündigungen: www.antifa-luebeck.de, anschließend: vielfältige Aktionen in der City gegen die Politik der Lübecker CDU, ab 16.00 Uhr: Große Abschlussdemo vom Koberg durch die Innenstadt zur alternative: Gegen Sozialabbau und Vertreibung! danach Sommerfest auf der Walli mit zahlreichen Live-Bands (www.treibsand.net), nähere Infos: http://www.walli-bleibt.de ■

Auf jeden Fall zu deutsch

Junge Freiheit Nr. 33/03 vom 8. August 2003

Unter der Überschrift „Zu deutsch für Deutschland“ veröffentlicht das Blatt ein Interview mit dem Bundesvorsitzenden der Schlesischen Jugend. Die Düsseldorfer Gruppe dieses Vereins, die übrigens nach Auskunft des Vorsitzenden *Christoph Wylezol* zu 40% aus „Rheinländern“ besteht, führt alljährlich am 3. Oktober eine Kundgebung durch mit dem Motto „Breslau, Oppeln und Stettin sind deutsche Städte wie Berlin“. Der Unterschied ist nur, dass in diesen drei Städten die polnische Urbevölkerung einige Jahrhunderte später ermordet oder vertrieben wurde.

Wylezol beklagt, dass weder die Unionsparteien noch die Regierungsparteien ihre Anliegen ernst nähmen und kündigt an: „Dabei ist heute allen klar, dass Schlesien politisch nie wieder deutsch sein wird, dennoch bleibt es unsere Heimat, und wir werden weiter gegen jede Form der Entrechtung der Schlesier kämpfen.“ Mit welchen Mitteln, teilt der 42jährige „Jugendliche“, der 1983 von Polen in die BRD umsiedelte, nicht mit.

Doris Neujahr hat einen eigenen Vorschlag für einen Bundespräsidenten. Auf jeden Fall ist für sie eins klar: Johannes Rau darf es auf keinen Fall ein zweites Mal werden, denn: „Rau ist einfach eine Fehlbesetzung, und zwar die schlimmste, die dem Land in der jetzigen Situation passieren konnte. Sein Lebensmotto ‚Versöhnen statt spalten‘ taugt nicht als politische Handlungsanweisung. Es ist zwar richtig, dass alle Konfliktparteien, die in demselben Land zusammenleben wollen, deshalb am Ende auch zusammenfinden müssen, aber dieser Konsens kann erst das Ergebnis von lebhaften Debatten und mutigen Entscheidungen sein. Der Konsensualismus à la Rau ist darauf angelegt, die Debatten zu ersticken und Veränderungen zu verhindern.“

Eins ist für Neujahr sicher: „Als Präsidenten aber braucht es einen Mann.“ Und dieser Mann soll nach ihrer Vorstellung der Berliner Theologieprofessor Richard Schröder sein: „Sein Ausspruch, Deutscher zu sein sei nichts besonderes, aber etwas bestimmtes, weist ihn als aufgeklärten Patrioten aus.“ Mal sehen, wie weit Doris Neujahr mit ihrem Mannesschwarm kommt.

Chefredakteur *Dieter Stein* war an der Ostsee – mit Sohn. Und dort hat er eine Burg ins Wasser gebaut: „Nur mit zäher Energie und vereinten Kräften kann dem Meer ein Fleckchen Erde abgetrotzt werden – und plötzlich steht sie doch stolz da, die kleine Burg, und hält den Wellen stand. Nicht viel einfacher stellt es sich für diese Zeitung dar ...“ Stein sollte mal nachsehen, wo seine Sandburg inzwischen geblieben ist – vielleicht haben wir ja mit der Zeitung genauso viel Glück.

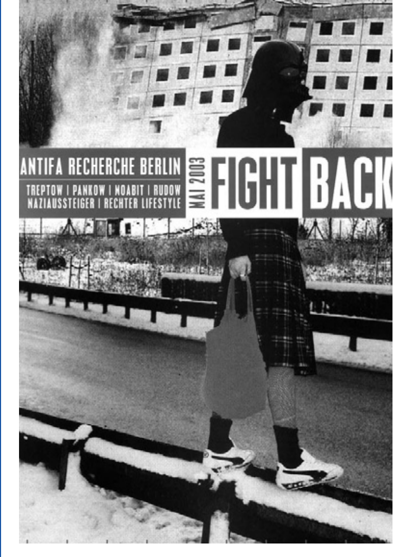
uld ■

Deutsche Stimme Pressefest 2003

Nach Eigenangaben haben am diesjährigen Pressefest der NPD, das am Wochenende 9. August im sächsischen Meerane stattfand, 3800 „Nationalisten“ teilgenommen. Es seien Besucher aus vielen europäischen Ländern und den USA und Kanada zugegen gewesen, auch Teilnehmer aus den Reihen der DVU und der Republikaner seien gekommen. Der bayerische DP-Vorsitzende Pätzold habe ein Grußwort des Parteivorsitzenden Kappel verlesen.

„Unterbrochen von Auftritten nationaler Liedermacher“ redeten Udo Voigt, Baldur Springmann und John Tyndall, der Gründer der British National Party.

Quelle: NPD Website ■



Vor anderthalb Jahren erschien die erste Ausgabe der Recherchebroschüre Fight.Back. Jetzt ist die 2. Ausgabe erschienen, die sich nicht nur auf den Nordosten Berlins bezieht, sondern weit über die Bezirke Pankow und Lichtenberg-Hohenschönhausen hinaus gerichtet ist. Zum Beispiel werden diesmal auch die neonazistichen Strukturen in den Berliner Stadtteilen Treptow und Moabit beleuchtet.

In der Broschüre wird aufgezeigt, dass die einstige plakative Eindeutigkeit der Nazi-Skinhead-Ästhetik innerhalb der neonazistischen Szene einer breiten Mehrdeutigkeit gewichen ist. Aktivisten der Anti-Antifa sind vom normalen Lifestyle her kaum noch zu unterscheiden. Diesem Problem geht der Artikel „Der Neonazis neuer Style“ nach. Ein weiterer Artikel am Ende der Broschüre setzt sich mit der Frage der „aussteigenden“ Neonazis auseinander. Gerade in den letzten Jahren verbreitet sich das Phänomen der sogenannten Aussteiger aus der neonazistischen Szene überall und wird medial als wichtige zivilgesellschaftliche Aktivität angepriesen. Die Kritierien und Maßstäbe für einen gelungen Ausstieg werden im Artikel „Aussteigen bitte“ kritisch unter die Lupe genommen.

Weiterhin bietet die zweite Ausgabe der Fight.Back wie gewohnt ein Interview mit unterschiedlichen antifaschistischen Initiativen, die umfangreichen Rechercheartikel zu den Berliner Stadtteilen Treptow und Moabit, einen aktuellen Bericht zur Situation in Pankow, sowie eine kurze Beschreibung der Situation im Westberliner Stateil Rudow.

(aus dem Vorwort zur Broschüre)

Fight.Back wird kostenlos in Berlin und Umgebung verteilt.

Kontakt: fight.back@web.de